

Redaktion, Administration, Druckerei:
L. Aetowstr. Fichtgasse Nr. 9-11.
Telephon Nummern Redaktion 57555 Serie,
Administration 7024, Inseratenabteilung 1063,
Fraser Redaktion Weinberge, Jungmannova 71.

Abonnement für Wien und das Inland:
Monatlich

Zum Abholen 1. Wollzeile 20, Tel. 75443.
oder 1. Fichtgasse 11 K 32.000
Zum Abholen in den Straßen und anderen
Wiener Verschleißstellen K 32.000
Bei täglicher Postversendung für Wien K 32.000
Bei täglich einmaliger Versendung in die
Provinz (Nr. 334 der österr. Zeitungsliste) K 32.000
Bei täglich zweimaliger Versendung in die
Provinz (Nr. 333 der österr. Zeitungsliste) K 32.500

Abonnement für das Ausland:
Mit Postversendung täglich

Czecho-Slow. Rep.	22	24
Ungar.	10.000	10.100
Jugoslawien	80	82
Deutschland	32.000	—
Polen	500.00	—
Frankreich	15	—
Italien	20	—
Bulgarien	80	—
Rumänien	150	—
Alle übrigen Staaten Schw. Fr.	5	—

Neue

Freie Presse.

Morgenblatt.

Inseraten-Annahme

In unseren Bureaux Wien, 1. Fichtgasse Nr. 11
(Tel. Nr. 1088), 1. Wollzeile 20 (Tel. Nr. 75443),
L. Schulerstrasse 1-3 (Tel. 71380, Kl. Anz.) und bei
allen Inseraten-Bureaux des In- und Auslandes.
Inserationspreise nach anliegendem Tarif.

Postsparkassonkonti:

Wien Nr. 28.024
Agrar Nr. 60.070
Prag Nr. 28.024
Lainbach Nr. 20.202
Budapest Nr. 29.358
Sarajevo Nr. 7.042
Warschau Nr. 190.175.

Postbecheckkonto Berlin Nr. 122.783.

Konto bei der Schweizerischen Kreditanstalt,
Zürich, der Banca Commerciale Italiana, Triest,
und der Banca Marmarosc. Bank & Co. Bukarest.

Einzelverkaufspreise:

Morgenblatt an Wochentagen oder
Nachmittagsblatt am Montag
oder nach zwe. Feiertag K 1200
Sonn- oder Feiertagsblatt K 1500
Abendblatt K 600

Strassenverkauf durch die Kolporteurs der Firma
Goldschmidt, Wollzeile 11.

Für die an Agenten, Ansträger oder Verschleiss
bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

Nr. 21232

Wien, Freitag, den 19. Oktober

1923.

Im redaktionellen Teil (Kleine Chronik, Lokalbericht,
Theater- und Kunstnachrichten, Filmbetrieb, Economie)
enthaltene entgeltliche Mitteilungen sind durch + kenntlich
gemacht.

Einigung über das Arbeitszeitgesetz.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 18. Oktober.

Die Sachverständigenkommission der Koalitions-
parteien des Reichstages hat heute ihre Verhand-
lungen über das Arbeitszeitgesetz zu
günstigem Abschluß gebracht und durch die Zu-
stimmung zu diesem Gesetz, an dem das erste Kabinett
Stresemann gescheitert war, die Stellung der Re-
gierung wesentlich gestärkt. Nach der Einigung,
die jetzt erzielt worden ist, wird unter grundsätz-
licher Aufrechterhaltung des Achtstundentages
im Bergbau und in besonders gesundheits-
schädlichen Betrieben in den übrigen Betrieben
eine Ueberschreitung des Achtstundentages
auf neun bis zehn Stunden zu-
gelassen.

Rapide Devisensteigerung in Berlin.

Ausgabe von Fünzigmilliardennoten.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 18. Oktober.

Trotz der neuen Währungsmaßnahmen der Regierung
ist abermals ein Marksturz eingetreten, und der
rapiden Devisensteigerung gegenüber ist sogar
ein Interventionsversuch der Reichsbank erfolglos
geblieben. Der Dollar, dessen amtlicher Kurs mit 81 Milliarden
festgesetzt wurde, wurde im freien Verkehr mit 9 und
sogar 10 Milliarden gehandelt.

Der fortgesetzte Verfall der Markwährung steigert
natürlich die Ansprüche an die Notenpresse in ungeheurem
Maße. Bisher gelang es der Reichsbank, diesen Ansprüchen
zu genügen. Täglich werden Banknotennengen im Betrage
von vielen Billionen in den Verkehr gebracht. Am
gestrigen Tage allein hat die Reichsbank
zehn Billionen in Umlauf gesetzt. In den
folgenden Tagen wird sich diese Zahl zunächst verdoppeln,
dann verdreifachen müssen, wenn den aus der neuesten Mark-
entwertung sich ergebenden Anforderungen Rechnung
getragen werden soll. Die Reichsbank hat bereits Noten
im Betrage von fünfzig Milliarden in den
Verkehr gebracht. In etwa acht Tagen wird sie eine
Hundertmilliardennote ausgeben.

Die Bundesbahnen für den Stadtbahnbetrieb durch die Gemeinde.

Der Generaldirektor der Bundesbahnen hat sich grund-
sätzlich für den Antrag der Gemeinde ausgesprochen, die
Stadtbahn aus eigenen Mitteln zu elektrifizieren und
einen vollbahnähnlichen Betrieb zu
führen. Die Verhandlungen über die Pachtdauer beginnen
Montag.

Filmbetrieb der „Neuen Freien Presse“.

„Eine Kunst mit Hindernissen.“ Von
A. F. S. Seite 15.

„Die Filmsehnsucht der modernen
Frau.“ Von Johannes Niemann. Seite 15.

„Autonomie des Regisseurs.“ Von
Friedrich Feher. Seite 15.

Filmbesprechungen. Miscellen. Seite 16
und 17.

Ein neuer Schlag Poincarés gegen das Reich.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen
zwischen Bayern und Sachsen.

Wien, 18. Oktober.

Diese Tage müßten Deutschland einig finden. Poincaré
hat heute einen neuen Hieb gegen das Reich geführt und
Nationalisten und Kommunisten, Rechte und Linke, Norden
und Süden müßten sich heute jagen, daß jedes Gegeneinander-
stehen, jede Bekriegung von Bruder zu Bruder ein Verbrechen
ist angesichts dieses äußeren Feindes, der seine ganze Uner-
bittlichkeit wiederum gezeigt hat. Erschütternd ist der Bericht
über den Besuch des deutschen Geschäftsträgers in Paris, diese
einfache und schlichte Erzählung, wie der deutsche Vertreter
vor dem allmächtigen französischen Ministerpräsidenten steht
und wie der Sieger von Versailles und von der Ruhr den
ganzen Hohn über das arme Deutschland in seine Abgabe
legt und durch das dreifache Nein die Demütigung vor der
ganzen Welt vollkommen zu machen versucht. Die Aufgabe
des Widerstandes, der erste Schritt in Paris und man der
zweite Besuch bei Poincaré, diese dreimalige Unterwerfung
unter die furchtbare Gewalt der Tatjachen der deutschen
Ohnmacht und des gänzlichen Verlassenseins in einer Welt,
in der die überlegene Gewalt Verträge willkürlich brechen
darf, auch dies alles ist dem Ministerpräsidenten von Frank-
reich noch nicht genug und seine Begierde nach noch mehr
Trophäen wächst mit den erreichten Erfolgen.

Was will dieser Mann, der heute von Paris aus wie
ein unumschränkter Diktator über den Kontinent schaltet
und waltet? Verhandlungen mit Deutschland. Nein! Vor-
schläge an die Reparationskommission. Nein! Vorher soll
erst das Ruhrgebiet bedingungslos ihm zu Füßen liegen,
soll es in geordneter Arbeit für ihn roboten können. Wie
Deutschland diese Ordnung wieder herstellt und diese
Arbeit wieder in Gang bringt in einem Land, das seiner
Obrigkeit beinahe schon entzogen ist, kümmert Poincaré
nicht. Das alles ist ihm gleichgültig, ihn interessiert nur das
Ergebnis, dieses Ergebnis, von dem er sehr wohl weiß, daß
seine ablehnende Schroffheit es unerreichbar macht. Ein
zweiter Schloß weigert sich, das Stück Fleisch zu
nehmen, das er sich aus dem Körper seines Opfers
schneiden soll. Ist eine andere Erklärung noch möglich
als die, daß er das Pfund nicht will, weil er die

Zuckungen des Besiegten länger genießen möchte und weil
er die volle Zerstücklung erfährt? Wir wissen jetzt, was
hinter den Kulissen von Versailles, was in den langen
Konferenzen des Pariser Verhandlungswinters von 1918
auf 1919 gefordert worden und verjagt geblieben ist. Wir
wissen, wohin die Wünsche der Pariser Chauvins gehen,
und wir können uns vorstellen, wie diese Männer sich heute
dem Ziele näher vermaßen als je zuvor, wie sie in
froher Hoffnung von Tag zu Tag dem Augenblick ent-
gegenwarten, in dem das Werk des verhassten Bismarck
zerfällt und die deutsche Einheit unter den Stößen von außen
und den Explosionen im Innern zusammenbricht.

Hier ist die ungeheure Schuld derer, die als Deutsche
täglich vor den Augen aller Welt an ihrem eigenen Volke
sich veründigen. Könnte Poincaré und könnten die
Nationalisten in Frankreich solche Hoffnungen hegen und
solche Ziele für möglich halten, wenn in Bayern und Sachsen
nicht der Geist der Revolte so stark angewachsen wäre, wenn
Großkapital und Großindustrie, diese modernen Fürsten des
Reiches, nicht Monat um Monat ihre eigenen Interessen in
den Vordergrund gestellt hätten, wenn die kommunistischen
Verbrecher nicht mit Bolschewikengeld den französischen
Plänen zu Diensten wären? Welches furchtbare Bild der
Uneinigkeit bieten diese Wochen der Erniedrigung vor dem
äußeren Feind! Die Autorität von Berlin ist beinahe gänzlich
geschwunden und zwischen zwei Bundesländern, Bayern und
Sachsen, besteht fast eine Art verkappten diplomatischen
Kriegszustandes. Der heutige Tag hat im Konflikt zwischen
dem sächsischen Reichswehrkommandanten General Müller
als ausübendem Organ des Ausnahmezustandes und der
Dresdner Regierung eine leichte Spannung gebracht, und
die Hoffnung besteht, daß in Berlin eine Kompromißlösung
gefunden werde, die keine Partei vor den Kopf stößt. Aber
andererseits ist zwischen Dresden und München durch die Er-
klärung der bayerischen Regierung, den eigenen Gesandten
aus Sachsen abzuberufen und einen neuen sächsischen Ver-
treter nicht mehr zu empfangen, eine wesentliche Verschärfung
dieses anderen Konflikts eingetreten, und hier steht die
Reichsregierung vor einem der schwierigsten Probleme.

Wo ist ein Ausweg zu sehen? Dr. Stresemann müßte
einer der größten Staatsmänner sein, wenn er ihn aus seiner
eigenen Kraft zu finden vermöchte. Das berühmte Ermächti-
gungsgesetz hat ihm wohl eine sehr weite Macht verliehen,
aber ihre Ausübung ist nicht möglich, und nur mit der
höchsten Vorsicht und mit der geduldigsten Bedachtnahme auf
jede Empfindlichkeit kann er im Innern wenigstens das
Wergste vermeiden. Aber da sieht er sich nun wieder vor der
äußeren Krise, und was er mühsam aufzurichten sucht, um

Das heutige Morgenblatt enthält:

Die 32. Fortsetzung des Romans „Weib in
Flammen“. Von Georg Fröschel. Seite 9.

„Kunstblatt“: „Neue Architektur in
Wien.“ Von Dr. Hans Berger. Seite 18 und
Seite 19.

Feuilleton.

Musik.

(Geistliche Chormusik. — Pfingst-Konzerte.)

Wien war für geistliche Chormusik nie recht zu haben,
für geistlichen Akapellengesang am wenigsten. Jüngstens
gleich durch zwei auswärtige Chorvereinigungen auf die
Probe gestellt, versagte es in einem Falle gänzlich, im zweiten
lockte eine Sensation. Ein Zufall — soweit es für Vorführung
spielende Konzertdirektionen Zufälle gibt — hatte im Laufe
weniger Tage protestantisches und katholisches Palestrina-
singen bescheert, Berlin und Rom um Gehör werben lassen.
Nur begreiflich, daß der Berliner Domchor hinter dem
römischen Kirchenchor zurückstehen mußte, der aus dem
geheiligteten Sitze des katholischen Bekenntnisses kam und die
Zauberformel anspielen konnte, auch Sängler der alt- und
weltberühmten Sistine Kapelle in sich zu schließen. Eine
echt moderne Erscheinung, diese erst seit wenigen Jahren ins
Leben gerufene Società Polifonica Romana, die mit den
alten kirchlichen Gesängen der Palestrina, Vittoria, Orlando
de Lasso, die eigentlich der Loslösung von der Kirche wider-

streben, weltliche Konzert- und Theaterjale aufsucht. Anders
der protestantische Berliner Domchor, dem katholische
Kirchenmusik überhaupt nur Objekt künstlerischer Dar-
stellung ist, und der, seit 1843 bestehend, lange Zeit Konzert-
wirken mit der kirchlichen Funktion verbunden hatte.
Bikant ist, daß er von einem Militärkapellmeister, August
Heinrich Reithardt, gegründet worden ist, von eben jenem
Reithardt, der das volkstümliche Lied „Ich bin ein Preuße,
kennst ihr meine Farben“ erfunden hat. Man denke, daß
der Komponist von „Du mein Oesterreich“ einen Wiener
Kirchenchor geschaffen hätte. Schon Mendelssohn hatte
Beziehungen zu diesem Domchor, der für Deutschland den
römischen Rastratengesang ablösen wollte, ohne Rastraten
natürlich. Und man war so gründlich, neben dem römischen
auch den russischen Chorgesang zu studieren. Die Rastraten
wurden durch Knabenstimmen ersetzt, und der russische
Gesang scheint auf die auffallende Pflege weicher, tiefer
Bässe eingewirkt zu haben. Eine Zeitlang stand Otto
Nikolai an der Spitze, der ebenso seine Erfahrungen aus
Rom wie sein als Gründer und Dirigent der Wiener phil-
harmonischen Konzerte bewährtes organisatorisches Talent
verwerten konnte. Zu den weiteren Vorständen gehörten auch
Albert Becker und Artur Prüfer; derzeit lenkt Hugo Rüdell,
der Leiter des Berliner Opernchores, das künstlerische
Schicksal der Körperschaft.

Man darf sagen, daß er sie auf der Kunsthöhe erhalten
hat, die dem Chore vom Beginne an nachgerühmt wurde.
Zu drei Stücken aus Palestrinas Marcell-Messe, in Werken
von Lotti, Durante, Caldara, Schütz, Bach bestach dieses
aus 40 Knaben und 14 Männern bestehende Ensemble durch
tadellose Intonation, Sicherheit der Einfüge ohne Schärfe,
Gehaltenheit, Weichheit wie reiche Abschattierungsfähigkeit

Reduzierte Teppiche

ältere Muster
sehr billig

ORENDI

Telephon 79 5-10 Serie

das Volk aus dem Währungschaos zu erretten, das wird ihm durch den neuen Hieb aus Frankreich gleich wieder in den ersten Tagen erschüttert. Von gestern auf heute gab es von neuem einen Marksturz und eine Devisenhausse und der Preis von weit über hunderttausend Mark für eine Krone, von fünfzig Millionen für eine Tramwaykarte und von mehr als einer halben Milliarde für einen Laib Brot sind die neuesten Sensationen dieses Tages. Wie soll auch, wenn die Reparationslösung durch Poincaré wieder weit hinausgeschoben wird, die valutatische Heilung für sich allein möglich sein? Wenn die anderen Mächte still bleiben, wenn sie zusehen, wie Frankreich auch ihre Reparationsansprüche noch mehr zerstückelt, wenn sie dulden, wie man von Paris aus Angebote ablehnt, die an alle und nicht an die Franzosen allein gerichtet sind, wenn sie also die Blankovollmacht anerkennen, die Poincaré sich selbst annahm, dann ist auch für die schrecklichsten Möglichkeiten Raum, und dann kann Europa einen Winter erleben, wie man sich ihn blutiger und furchbarer auch in der kühnsten Phantasie nicht ausmalen könnte. Wir, die wir zusehen müssen, wie unsere Brüder sich in Schmerzen wagen und die äußersten Qualen erleiden, haben in diesen Tagen die doppelte Pflicht, wenigstens diese Insel des Deutschland der Nation und ihrer Kultur unverfehrt zu erhalten, die glücklich erreichte Stabilität des wirtschaftlichen Lebens zu bewahren und dem deutschen demokratischen und freiheitlichen Gedanken eine Stätte ruhigen Wachstums zu sichern. Das ist die bescheidene Hilfe, die der österreichische Stamm dem deutschen Volk in dieser Zeit der höchsten Not zu leisten vermag.

Die geistigen Arbeiter und die Wahlen.

Aus einer Wahlrede.

Von Oberbaurat Professor Leopold Bauer.

Wien, 18. Oktober.

Selten hat es eine Zeit gegeben, in der die geistige Arbeit so unterschätzt wurde, wie dies heute der Fall ist. Es nimmt dies um so mehr wunder, als gerade in unserer Zeit die Tätigkeit der geistigen Arbeiter im weitesten Ausmaß nötig wäre, um die aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder einzurichten, normales Leben einzuleiten und die Verhältnisse des Landes einer besseren Zukunft zuzuführen. Ich will hier gar nicht auf die geringe Wertschätzung anspielen, welche die geistige Arbeit speziell am Beginn der jetzigen Revolutionsperiode bei gewissen politischen Führern gefunden hat; das böse Wort, das damals geprägt wurde, daß die Tätigkeit einer Waschkrau wichtiger sei als die eines Universitätsprofessors, ist wohl noch allgemein erinnerlich.

Aber auch bis heute haben sich die Dinge in dieser Hinsicht nicht wesentlich gebessert, und man kann behaupten, daß die geistige Arbeit im allgemeinen um so weniger geachtet und gewertet wird, je ideelleren Zielen sie sich zuwendet, je mehr sie in weitem Voransicht das zukünftige Wohl der Menschheit im Auge hat und dieses zu fördern für ihre Lebensaufgabe hält. Selbst der so bescheidene und bedürfnislose Diogenes würde, lebte er heute als Gelehrter in einem modernen demokratischen Staat, mit seinen Bezügen nicht auskommen, und auch dem weisen Sokrates erginge es nicht besser. Daß vor einigen Wochen ein lyrischer Dichter buchstäblich verhungert ist, mündert kaum jemandem mehr. Wie es den geistigen Arbeitern in Rußland ergangen ist, den dortigen Gelehrten, großen Denkern, Künstlern, den Leitern von Handel, Gewerbe und Industrie, das ist noch in frischer Erinnerung. Die Bolschewisten haben bei der Ausrottung des Bürgertums zuerst die Intelligenz aufs Korn genommen. Später versuchten sie allerdings die Ueberbleibsel dieser bürgerlichen Intelligenz zu sammeln und für ihre Herrschaft nutzbar zu machen. In anderen Ländern, zu denen heute leider auch Deutschland und Oesterreich zu zählen sind, sind die geistigen Arbeiter die schlechtest bezahlten, deren Entlohnung der Ziffer nach oft tief unter dem Lohn des Handwerkers steht, gar nicht davon zu sprechen, daß die relativen Unterschiede zwischen den Einkommen der geistigen Arbeiter und der Handwerker oder

Fabrikarbeiter, wie sie in Friedenszeiten bestanden haben, sich heute in geradezu grotesker Weise zumungunsten der geistigen Arbeit verschoben und verändert haben.

Die sich hierin ausdrückende Geringschätzung der geistigen Arbeit ist um so verwunderlicher, als sowohl die Sozialdemokraten wie auch die russischen Bolschewisten angeblich immer eine ideale Kultur der Menschheit als ihr Ziel im Auge haben und besonders alle geistigen Bestrebungen der Menschen fördern wollen. Nun sind ja, an sich betrachtet, auch die Ziele der Sozialdemokratie ethisch und moralisch, leider sehen sie aber weder auf einer wissenschaftlichen noch wirtschaftlichen Grundlage. Im Zusammenprall mit der Wirklichkeit des Lebens zeigt es sich, daß die Voraussetzungen der sozialdemokratischen Heilslehre unrichtig und nicht ausführbar sind. Da diese Lehre, die jedem einzelnen ein glückliches Leben verspricht, selbstverständlich die Sympathien der großen Menge leicht erringen mußte (denn glücklich sein will jeder), entstand durch sie eine Volksbewegung von ungeheurer Intensität, deren ethische Ziele, wie gesagt, zwar edel, aber praktisch undurchführbar sind. Die sozialdemokratischen Ideen nehmen daher immer mehr den Charakter einer Glaubenslehre an. Und wie alle Glaubenslehren verlangen sie von ihren Anhängern unbedingten Glauben und blinde Gefolgschaft, und sie haben sich in ein feststehendes Dogma verwandelt, das unveränderlich bleibt, während die Zeit fortschreitet und sich unaufhörlich verändert.

So wird unser Staat Oesterreich derzeit von zwei großen religiösen Parteien regiert. Von der Partei der Sozialdemokraten, die allen Menschen den Himmel schon auf Erden verspricht, und von der Partei der Christlichsozialen, deren Hauptanhänger (die Merikalen auf dem Lande) den Himmel wenigstens nach dem Tode verheißen. Die Ziele, um die sich diese beiden Parteien streiten, sind keine anderen als die, die Vorherrschaft zu erringen und alle anders Denkenden unter ihr Joch beugen zu können. Um dieselben Ziele handelte es sich bei allen Glaubenskriegen, auch beim Dreißigjährigen Kriege, der ja ebenfalls ein Glaubenskrieg war und nicht eher ein Ende finden konnte, bis die Fanatiker auf beiden Seiten abgenutzt und unschädlich geworden waren. Den heutigen Glaubenskrieg führen aber die Parteien nicht bloß gegeneinander, sondern hauptsächlich gegen das städtische Bürgertum. (Sie haben sich trotz aller Gegensätze öfter auch zur Koalition zusammengeschlossen.) Zwar wird dieser Kampf nicht mit Feuer und Schwert ausgefochten, aber die von den beiden Parteien beschlossenen Gesetze richten ihre Härte doch vor allem gegen den städtischen Bürger, und Hunderttausende dieser Bürger sind dadurch in ihrer Existenz bedroht, denn auch Gesetze können ebenso tödlich wirken wie Kugeln aus Blei. Die Grausamkeit ist nicht geringer, wenn so und so viele Menschen zum Verhungern gezwungen, als wenn sie auf andere Weise umgebracht werden. Auch die ethischen Schlagworte der Bolschewisten haben tödlicher und heimtückischer gewirkt als alle Kampfmittel des Weltkrieges!

Das Leben der Völker wird nicht durch Glaubenslehren erhalten, sondern die Grundbedingung zu dessen Erhaltung ist Beschaffung der nötigen Nahrung durch Befolgung wirtschaftlich richtiger Maximen. Das Fundament der letzteren aber ist und bleibt die menschliche Arbeit. Trotzdem sich Sozialdemokraten und Christlichsoziale den Beinamen „sozial“ aneignen, fehlt beiden Parteien der richtige Begriff der sozialen Bedeutung der Arbeit überhaupt. Beide Parteien sind eben in ihrem konfessionellen Bewusstsein erstarrt, sie haben durch die Ereignisse unserer Zeit nichts hinzugelern. Die sozialdemokratische Partei hat ihre tiefere wirkliche Notwendigkeit in dem Moment verloren, als die Lehren der Sozialdemokratie zur Staatsreligion erhoben wurden. Die Christlichsoziale Partei wiederum hat an Bedeutung Ungeheures eingebüßt, weil gleichzeitig mit dem christlichen Glauben in den weitesten Kreisen der Bevölkerung auch die Moralbegriffe wankend wurden und diese Partei

nicht in der Lage ist, einen Ersatz für die wundervolle christliche Moral in Aussicht zu stellen. Die Verworfenheit der politischen Lage mühte dem Volke zum Bewußtsein bringen, daß wir an der Wende einer Zeit stehen und daß aller Wahrscheinlichkeit nach in der nächsten Zukunft der städtische Bürger und alle geistige Arbeit eine große Rolle zu spielen berufen sein werden.

Freilich wurde und wird oft versucht, die Revolution nach dem Weltkrieg als den Beginn des Unterganges der bürgerlichen Gesellschaft hinzustellen. Der fürchterliche Fehlschlag der antibürgerlichen Prinzipien in Rußland hat aber wohl jeden Einsichtigen darüber belehrt, daß diese Meinung ganz irrig war. Meiner Ansicht nach wurden durch die Revolution des Jahres 1918 in Europa die letzten Reste einer Feudalherrschaft hinweggefegt, durch welche die besten Geister der Nationen noch immer in einer Art Zwangsverwaltung gefangengehalten waren. Für diese nun freigewordenen geistigen Kräfte des Bürgertums ist erst jetzt die Zeit gekommen, und so ist wohl die Hoffnung berechtigt, daß gerade aus diesen bürgerlichen Kreisen, denen von jeher die schöpferischsten Kräfte entsprungen sind, große führende Geister aufstauen und den Menschen neue Wege weisen werden. Denn die schreckliche Not ist ja nicht auf ein Land oder nur wenige Länder beschränkt geblieben. Nicht allein Oesterreich, nicht allein das große deutsche Volk schmächtete unter ihr, auch die kleinen Siegerstaaten, die heute noch nicht ahnen, welch langer Leidensweg ihnen bevorsteht, sind von ihr betroffen. Aber auch in den großen Siegerstaaten zeigen die wirtschaftlichen Verhältnisse merkwürdige soziale Krankheitserscheinungen; auch in diesen Ländern muß die Einsicht bald aufdämmern, daß ein besiegtes und nach dem Kriege auch wirtschaftlich zugrunde gerichtetes Volk nicht in der Lage ist, die Kriegskosten zu zahlen. An dem Tage, an dem diese Enttäuschung bekannt wird, wird auch diesen Völkern die Tatsache der allgemeinen, alle umfassenden wirtschaftlichen Notlage unablenkbar zum Bewußtsein kommen.

Die politischen Systeme aller Staaten scheinen daher Schiffbruch gelitten zu haben, denn alle Völker sind mehr oder weniger in Not und in allen Völkern taucht infolge dessen derselbe Wunsch auf: der Wunsch und Ruf nach dem starken Mann. Dieser Ruf wurde in manchen Ländern als Neuerung monarchistischer Strömung gedeutet. Wäre es aber möglich, in der Seele des Volkes zu lesen, so würden alle Monarchisten schwer enttäuscht sein; denn das Volk ruft heute nicht mehr nach Kaisern und Königen, es ruft nach dem starken Mann als der Personifizierung starker, lebensfähiger Ideen, es ruft nach einem Führer, der vermöge einer überragenden, weitvoraussehenden Geistigkeit in der Lage ist, das Staatsschiff in so stürmischen Zeiten zu lenken.

Sich der Führung der Intelligenz anzuvertrauen und unterzuordnen, das ist mithin unleugbar der innerste Wunsch des Volkes. Es ist aber mißtraulich geworden gegen die Berufspolitiker, die in kleinem Intrigenpiel die heutigen Parlamente lenken und den Volkswillen überall verkümmern, verdrehen und entstellen. Ist die Demokratie imstande, den Wunsch der Volksseele nach einem wirklich starken Führer zu erfüllen, so wird diese Sehnsucht nach höherer Geistigkeit auf demokratischem Wege erreicht werden. Aber es ist auch gar nicht ausgeschlossen, daß überall dort, wo die Demokratie etwas Verkümmertes, Unrechtes ist, daß dort diese Führer ohne Mitwirkung der regierenden Machthaber entstehen werden; und das Volk wird sich auch ihnen freudig unterordnen, weil die Not ein stärkeres Argument ist als alles andere und die Sehnsucht nach der Führung durch eine starke Hand durch tüchtige, charaktervolle Männer nicht mehr zu unterdrücken sein wird.

Wir stehen erst am Anfang dieser Bewegung. Die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei ist die einzige Partei, welche die Interessen der städtischen Bürger vertritt, der Intelligenz des Volkes, der Angehörigen der liberalen Berufe, der Vertreter von Handel, Gewerbe, Industrie, derjenigen Elemente, die im Staat die positive Politik der

des Zusammenklanges, edlen Gebrauch von rhythmischer Freiheit. Hugo Rübels hält alles Selbstgefällige virtuoser Effekte fern. Er registriert seinen Chorkörper wie eine Orgel, wie eine protestantische Orgel, die man sich etwa vor allem auf Bach gestimmt denken möchte. Von Bach selbst sang Frau Paula Dobert zwei der dem Altmeister zugeschriebenen Stücke aus jener Sammlung des Reiter Schloßkantors Schemelli um 1736, die „Schemellis Gesangsbuch“ genannt wird. Es sind geistliche Arten, in denen sich der deutsche Choral an italienischer Melodiebildung wärmt. Die Künstlerin verbindet mit einem aufrechten Mezzosopran aufrechten Ausdruck. Die sensible Hingebetheit an Bach, die Herr Wilhelm Kämpf, ihr Begleiter am Flügel, bekundete, dürfte er in den Vortrag der Chromatischen Fantasie mit hinübergenommen haben. Zwei Künstler von schönem Ernst und gepflegtem Können. Ein Vorbericht hob bereits die sinnlichere, prunkendere, dem Virtuosen, insbesondere effektvollen dynamischen Kontrasten und Steigerungen zuneigende Gesangsweise des römischen Kirchenchors hervor. Rübels kommt vom Theater, Monsignore Casimiri von der Kirche her; aber es ist gleichsam weit mehr Theatermäßiges in den Leistungen des römischen als des Berliner Chors zu spüren. Der Gegensatz zwischen süßlichem, romanischem, katholischem Temperament und würdevollem, deutschem, protestantischem trat reizvoll hervor; um so reizvoller, als er sich auf dem Boden geistlicher Kunst aussprach. Die Societa Polifonica Romana ist eine moderne Gründung, zielbewußt dazu bestimmt, den alten Kirchenbesang, vor allem des sechzehnten Jahrhunderts, der Blütezeit der römischen Palestrinaschule und zugleich der Sirtinischen Kapelle, auch außerhalb des liturgischen Bezirkes wiederzubeleben und dem Konzerte zu vermitteln: Der Anteil Roms an der musikalischen Renaissancebewegung der letzten Jahre. Raffaele Casimiri, der leitenden Seele der Vereinigung, haben wir bereits unsere Reverenz erwiesen. Das Stimmmaterial ist von mittlerer Qualität; um

Technik und Wohlklang. Wirkungen der Dynamik werden jugenig ruckhaltlos ausgekostet, die Stimmen leben sich energisch aus. Bei so manchem jaß zufahrendem Einverständnis erinnerten wir uns an ein drastisches Wort Mahlers, der bei einer der Münchner Proben zu seiner Achten Symphonie behufs Erzielung schärfsten Angehens von Ton und Akkord der mitwirkenden Kindercharriet, dem Tone gleichsam eine Ohreige zu geben.

Es wurden nur Herrlichkeiten des sechzehnten Jahrhunderts geboten. Die römische Schule begann und schloß ab, jene begnadete Schule, die in Pierluigi da Palestrina ihren Stern besaß, der alle Genüthen der flämischen und spanischen Schule übertrahnte. Gesänge von Vittoria ließen gerade in dieser Nachbarschaft die „doppelgängerische Ähnlichkeit“ mit Palestrina nicht minder hervorreten wie den dem großen Spanier eignenden mystischen Zug. Geradezu errogt hat die Kenner der ziemlich unbekanntes Pläne Jimin Le Bel, dem Unterweisung des kleinen päpstlichen Sängerknaben Palestrina zugeschrieben wird. Alle bedeutenden Meister der römischen Schule gehörten nämlich päpstlichen Sängerkollegien an. Le Bel's Motette, die allerdings von Raffaele Casimiri ergänzt und retuschiert worden ist, verblüfft förmlich, mehr noch als durch ihre kunststreichige Polyphonie im Kreise alter Kirchenwarten, durch Stimmungswechsel und Aufbau, durch gelegentliche koloristische Züge, wie durch packende Verdichtung zu unbewegten Zusammenhängen, die mit Erhabenheitsausdruck anschwellen und verklingen.

Von Palestrina war in diesen beiden Chorkonzerten mehr zu hören als sonst in einem ganzen Dezennium. Um so erwünschter die Möglichkeit, dieser wunderbaren Erscheinung näher zu treten. Verräth sich ein kleines Erlebnis. Durch einen Zufall war im römischen Konzerte die Ausgabe von Programmen unterblieben. Gestand uns nicht nach mehreren Palestrinagesängen ein gebildeter Musikfreund offenherzig, diese Musik für modernste Vokalmusik gehalten

zu haben? Das ist weniger verwunderlich, als es den Anschein haben könnte. Es sind nämlich tatsächlich Berührungspunkte mit modernen Stileigentümlichkeiten vorhanden. Die motivische Fortbewegung des Tonfahes nebst allen technischen Spielereien hat Palestrina schon von den alten Niederländern übernommen. Jamitten der Freiheit der Gliederung, der Einschnitte, der Gruppen, tritt die Strenge des Architektonischen zurück, der Takt bleibt latent; die sich erst aus dem polyphonen Zusammenklänge der Stimmen ergebende Harmonie erhält vollends durch die zwischengliedlose Verknüpfung entfernter Dreiklänge Kühnheit und Ungewöhnlichkeit. Die Höhe des Palestrinastiles aber bezeichnen die stets wache Sorgfalt für Wortdeutlichkeit, die sich über alle Künstlichkeiten hinweg emporhebende Anmut, Wärme und Wohlklang des Zusammenklanges, vornehmlich aber dessen tief bewegende Beseeltheit. „Kein kaltes kristallinisches Gewächs, keine bloße strahlende Konjanz in Tönen“, wie Umbros so schön sagt: Palestrinamusik atmet die Seligkeit der Anbetung. Daher auch keine Musik für den Konzertsaal, wie eben dieser Gelehrte erklärt. Sie ist in Rom für Rom entstanden, gehört so recht in die sirtinische Kapelle der Gestalten Michel Angelos. Der Maler schildert den Schrecken des Gerichtes, der Musiker singt handeleckend von der erbarmentenden Liebe.

Jamitten dieser Musik der gläubigen Seele hatte sich Pigners romantische Kantate „Von deutscher Seele“ zu behaupten. Die rasche Wiederholung des Werkes im Gesellschaftskonzerte hat vielleicht mehr dessen Schwächen als die Werte erkennen lassen. Neuerdings, und noch dringlicher als das erstmal, nahe sich die Frage, ob denn die deutsche Seele nicht erhebendere Bezirke in sich schließt als die fremdlofer Gebrochenheit, flügelhaft dämmernder Romantik. In musikalischem Betrachte verstärkte sich der Eindruck eines Vorwiegens von Unsumlichkeit und sich selbst betonender Sprödigkeit, eines Ueberwiegens kleiner Gruppen und Stimmungsbrocken in der Gestaltung, die sich zu gebenden, monotonen Stimmungsbildern erweitern. Neuerlich drängte

Produktion vertreten. Gerade diese Wählergruppe hat im letzten Parlament nur einen einzigen Anwalt gehabt, der trotz seiner hohen Qualitäten durch seine Vereinfachung zu relativer Machtlosigkeit verurteilt war. Der Zahl der städtischen Bürger nach könnte die Partei mehr als zwanzigfach so stark im neuen Nationalrat einziehen, wenn alle Wähler ihre Pflicht tun und wirklich jene Männer wählen, die keine Berufspolitiker sind, sondern aus Pflichtgefühl das schwere Opfer auf sich genommen haben, das städtische Bürgertum zu vertreten, obwohl sie selbst mitten im Schaffen und in der Arbeit stehen.

Die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei will daher die ersten Promiere in den Nationalrat entsenden, die unentwegt für die Interessen der geistigen Arbeiter eintreten werden. Wir werden dafür kämpfen, daß alle politischen Parteien endlich einmal einsehen, daß der latente Bürgerkrieg ein Ende haben muß, daß die Volkswirtschaft nicht dadurch gefährdet, daß eine Partei um die andere danach bestrebt ist, alle Opfer von sich abzuwälzen und sie der Gegenpartei zuzuschreiben. Es gibt für uns alle nur einen einzigen wirklichen Feind, und das ist die gemeinsame Not, und im Kampfe gegen diese Not gibt es nur eine einzige mögliche Führerschaft, das sind die geistigen Arbeiter.

Die nächsten Ziele der Bundesbahreform.

Von Dr. Georg Günther.

Präsident der Verwaltungskommission der Bundesbahnen.

(Aus einem Gespräch.)

Wien, 18. Oktober.

Ich habe mein Amt erst vor kurzer Zeit angetreten und kann deshalb mich über mein Programm und die nächsten Ziele meiner Tätigkeit noch nicht eingehend äußern. Zunächst stehen die großen Verhandlungen mit den Organisationen bevor, die sich gewiß schwierig und mühselig gestalten werden. Bevor diese nicht zu einem gedeihlichen Abschlusse gebracht sind, kann man den Weg, der betreten werden soll, noch nicht genau ausstecken. Deshalb sind jetzt nur einige flüchtige Andeutungen möglich.

Ein wichtiges Mittel zur Besserung der Erträgnisse der Bahnen wird die Wiedereinführung von *Tantiemen* sein. Das Gehaltschema muß revidiert werden, neben dem Gehalt wird aber eine wichtige Einnahmepost die *Tantieme* bilden, welche für Ersparnisse und größere Erfolge dem einzelnen als Anteil am Ergebnisse des Ganzen zuerkannt werden soll. Tantiemen haben schon früher bestanden; ein gutes Stück der günstigsten Erfolge, welche beispielsweise die Nordbahn unter der Leitung des Generaldirektors Zeitelles erzielt hat, war darauf zurückzuführen, daß für den Verbrauch an Kohle und Petroleum sowie anderen Materialien reiche Ersparnisprämien gewährt und so der Eisenbahnbefriedigte an einem günstigen Ergebnisse interessiert wurde. Die Staatsbahnen haben törichterweise diese Prämien aufgelassen, ich aber will die Tantiemen wieder einführen. Von den Bundesbahngestellten, deren Zahl 80.000 beträgt, aber sehr wesentlich reduziert werden muß, dürften etwa 10.000 in den Genuss der Tantiemen gelangen. Diese Tantiemen sollen Ersparnisprämien sein, und zwar einerseits für den Verbrauch, andererseits beim Einkauf. Beim Verbrauch lassen sich sehr wesentliche Ersparnisse erzielen, wenn man darauf schaut. Noch wichtiger aber wird es sein, den Einkauf rationell zu gestalten. Das gilt namentlich für die Kohle, wo am meisten gesündigt worden ist. Man hat die Kohle nicht an der Quelle gekauft, sondern von der dritten und vierten Hand zu Preisen, die wesentlich teurer waren, als an der ersten Stelle zu erzielen gewesen wären. So haben sich auch sehr große Kohlenvorräte aufgehäuft, auf denen bedeutende Verluste liegen und die über den unmittelbaren Bedarf weit hinausgehen.

Eine ökonomischere Gebarung wird wesentliche Ersparnisse ermöglichen. Das Defizit der Bundesbahnen ist

heuer mit ungefähr 1-1 Billionen Kronen anzunehmen. Das Präliminare war weit höher, es ist aber jetzt schon gelungen, es einigermaßen abzubauen. Ob es möglich sein wird, dieses ganze Defizit sofort verschwinden zu machen, ist bei Bahnen, welche ja doch nur den Kumpf eines früheren großen Verwaltungskörpers darstellen, schwer zu sagen, aber wesentliche Verbesserungen werden doch hoffentlich erreicht werden können. Neben den Ersparnissen an den Ausgaben wird eine Erhöhung der Einnahmen notwendig sein. In dieser Richtung wird eine Reform sowohl der Gütertarife als der Personentarife studiert. Die bisherigen Erhöhungen der Gütertarife waren geradezu unheimlich. Es wurden einfach die Beförderungskosten verdoppelt, linear erhöht, ohne daß man sich die Mühe genommen hätte, darüber nachzudenken, ob der Verkehr solche Tarifierhöhungen verträgt und ob man nicht die Exportmöglichkeiten schädigt. Jetzt ist ein neuer Gütertarif in Ausarbeitung, welcher auf die Bedürfnisse der einzelnen Industrien und Verfrachter Rücksicht nimmt, die Exportindustrie schon und die Tarife dort erhöht, wo der Verkehr es verträgt. Auch im Personentverkehr fahren wir noch immer zu billig. Unsere Personentarife haben das Siebentaufendfache der Friedensparität, also die Hälfte der Goldparität, und würden noch immer eine Erhöhung verlangen. Hierüber sind die Erhöhungen noch nicht abgeschlossen.

Von großer Bedeutung wird der Uebergang zum elektrischen Betriebe sein. Die Vorteile sind groß, wenngleich man natürlich nicht einen sehr großen unmittelbaren Nutzen erwarten darf. Immerhin kommt der elektrische Betrieb billiger als das Fahren mit Kohle. Man kann längere Züge verkehren lassen und hiedurch an Zugspersonal ersparen. Das Fahren mit elektrischen Zügen ist weit angenehmer. Der elektrische Betrieb ermöglicht auch, den Arlberg namhaft besser auszunützen, weil der Arlberg-tunnel bei Anwenden von Dampflokomotiven nur innerhalb gewisser Grenzen wegen der Verqualmung eine Verdichtung der Zugzahl verträgt. Mit dem Ende des Jahres 1924 wird der elektrische Betrieb der Arlbergbahn durchgeführt sein. Die Wiener Stadtbahn soll gleichfalls elektrisch betrieben werden, jedoch nicht vom Bunde, sondern von der Gemeinde Wien, welche die Stadtbahnliesen ihrem Straßenbahnneue angliedern will. Natürlich wäre es viel vorteilhafter, die Wiener Stadtbahn als Vollbahn in Betrieb zu nehmen. Das kann jedoch der Bund nicht machen, weil die Kosten zu groß sind und er auch über den nötigen elektrischen Strom nicht so ohne weiteres verfügt. So dürfte das Projekt der Kommune Wien zur Durchführung gelangen und bereits im Laufe des Jahres 1924 die Wiedereröffnung der Stadtbahn erfolgen.

Die Wahlausichten in Vorarlberg.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Bregenz, 17. Oktober.

Das freirechtliche Bürger- und Bauerntum in Vorarlberg hatte bei den letzten Nationalratswahlen im Jahre 1920 auf zwei getrennten Listen zusammen 13.760 Stimmen aufbringen können. Das war um reichlich 2000 Stimmen mehr, als die Wahlzahl damals betrug, aber die Zersplitterung zwischen der großdeutschen Volkspartei und dem Landbund machte diesen Erfolg wertlos und das vierte Mandat des Wahlkreises fiel den Sozialdemokraten zu. Man hat aus diesen Ziffern nichts gelernt. Im Gegenteil. Die Rivalität zwischen den beiden Gruppen ist heuer schärfer als jemals, und der Landbund hat sich — so wie in Steiermark — noch mit dem Hausbesitzerverband koalitiert, um durch die Agitation gegen das Mieterschutzrecht seine Stimmenzahl zu vergrößern. Diese Interessengemeinschaft mag wohl zu dem Ergebnis führen, daß ein paar hundert Wähler von der großdeutschen Volkspartei oder der christlichsozialen Partei abbröckeln, der Sieg wird aber auch diesmal ausbleiben, und es ist mehr als fraglich, ob die vorarlbergischen und salzburgischen Reststimmen des Bauernbundes zusammengezählt genügen werden, um im zweiten Ermittlungsverfahren ein Mandat zu erreichen. Wahrscheinlicher ist, daß die Stimmen vollkommen verloren gehen und daß diese Zersplitterung der Kräfte auch diesmal nur dem Gegner zugute kommt. Listenführer des Bauernbundes in Vorarlberg ist der Landwirt Urban Masahl aus Ludech. Für die Reststimmen im Wahlkreisverband hat der Bauernbund keine eigene Liste angemeldet, und ein eventuelles Mandat würde nach den Bestimmungen der Wahlordnung jenem Wahlwerber — Wimmer (Salzburg) oder Masahl (Vorarlberg) — zufallen, der die größere Stimmenanzahl auf sich vereinigt.

In Vorarlberg besteht für den Landtag und damit auch für den Nationalrat Wahlpflicht und die Wahlzahl dürfte sich auf etwa 13.400 stellen. Berücksichtigt man die Ziffern vom Jahre 1920, so ergibt sich, daß sowohl die Christlichsozialen als auch die Sozialdemokraten ungefähr je 2000 Stimmen gewinnen müßten, um ihren allen Besitzstand, drei Mandate, beziehungsweise ein Mandat, zu erhalten. Die Christlichsozialen hoffen mit einem solchen Erfolg für ihre Partei. Ihr Listenführer ist wie bisher der Abgeordnete Jakob Fink, der, einundfünfzigjährig, voraussichtlich als Alterspräsident die Konstituierung des neugewählten Nationalrates leiten wird. Unterrichtsminister Dr. Schneider, der früher als zweiter in der christlichsozialen Liste stand, ist jetzt nicht mehr als Wahlwerber aufgestellt. Er kandidiert nur für den Landtag und soll als Vertreter Vorarlbergs in den Bundesrat entsendet werden. Die Wiederwahl des bisherigen sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann gilt im ersten Ermittlungsverfahren als wenig wahrscheinlich. Sie ist aber bei der Reststimmenzählung gesichert.

Vorarlberg gehört zu jenen Ländern, in denen gleichzeitig mit den Nationalratswahlen die Neuwahlen in den Landtag vorgenommen werden. Die Christlichsozialen verfügen bisher über 22 von den 30 Mandaten, und hoffen auch diesmal, die Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Praktisch genommen hätte ein solcher Erfolg wenig zu bedeuten. Die neue vorarlbergische Landtagswahlordnung enthält als einzige unter den Wahlordnungen der Bundesländer die Bestimmung, daß die Landesregierung nicht nach dem Proporz, sondern nach dem einfachen Mehrheitsrecht gewählt wird. Sie würde sich also auch ohne eine christlichsoziale Zweidrittelmehrheit ausschließlich aus den Vertretern dieser Partei zusammensetzen.

R. W. P.

Kategorische Ablehnung der deutschen Vorschläge durch Poincaré.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 18. Oktober.

Der gestrige Schritt des deutschen Geschäftsträgers in Paris, der bezweckte, eine Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten vorzubereiten und eine Plattform zu schaffen für die Weiterbehandlung der allgemeinen Re-



Herzmasky
Mariahilferstr. 20

Schirme
Wiener Lederwaren
Umhängtücher, Schultertücher
Reiseplacids

Im Cafésalon unter Leitung des
Restaurants Schöner täglich
von 1/4 bis 1/6 Uhr
Konzert der Kapelle
Hayek.

es sich auf, wie sehr Mahlers „Lied von der Erde“ dieses Lied von der deutschen Erde angeregt hat. Und neuerlich sagten poetische und charaktervolle Einzelheiten, technische Eigentümlichkeiten, phantastische Formeneinfälle von der Bedeutung des Schöpfers dieses Werkes aus. Wilhelm Furtwängler hat nichts von seiner Suggestion auf die darstellenden Organe wie auf das Publikum eingebüßt. Das Soloquartett der Damen Merz-Tanner und Willer, der Herren Gallos und Mayr tat volle Wirkung.

Ein vergrilltes Tonspinnen, das die mythischen Saiten der Romantik anschlagen will, ein zeitweiliges Siewie-tot-Stellen aller Energien ist auch in Pfitzners neuem Klavierkonzert in Es nicht ganz aufgegeben. Hier ist wirklich etwas von jenem grüblerischen Graue zu finden, das man Brahms so gerne und so fälschlich angekonnen hat, aber auch der große Vorzug Brahms'scher Klavierkonzerte, ernstesten musikalischen Gehalt, der durch das Wesen des Instruments mitbedingungt ist, zuoberst zu stellen. Auch sonst denkt man an Brahms bei einzelnen Wendungen, wenn auch Verleihe mit der Schönheit und Bedeutung der Erfindung in Brahms' Konzerten in D-Moll wie B-Dur oder mit dessen Kunst einheitlicher Gestaltung und halb konzertanten, halb symphonischen Flusses ausgeschlossen sind. Die erste Themengruppe läßt einiges von dem sinnfreudigen Glanz erwarten, der der Gattung, die ja dem doch ein Soloinstrument mit einem virtuosen Spieler herrschend in den Vordergrund rückt, nicht ganz verloren gehen darf. Bei einem Instrumentalkonzert sollen — auch bei Beethoven, bei Mozart, bei Schumann ist es in Dur wie Moll so — die Lichter im Saale heller aufzukommen scheinen. Bei Pfitzner wird es sofort mit dem Stocken der Eingangsentwicklung und Eintritt einer gedehnten Mittelgruppe dunkel. Diese arhythmisch schleichende Motive, die so leicht die Plastik verlieren, diese eigensinnig verkrausten Stimmen und Figuren haben etwas Bedrückendes; sie kontrastieren nicht etwa organisch zu dem rauschenden

Impetus des Anfangs, sondern wollen mit ihm nicht recht vereinbar scheinen. Der Anfang selbst erinnert ein wenig an den Eingang von Mahlers Achten, einmal in einer herzhaften Fortentwicklung im Blech auch an Meyerbeer. Ein erfreuliches Symptom, daß Meister Pfitzner den von ihm betonten nationalistischen Tendenzen, soweit sie auch gegen „einen individuell bezeichneten Teil der menschlichen Gesellschaft“ gerichtet sind, zu entsagen weiß, wenn er ans Schaffen geht. Im zweiten Satz überrascht ein behendes Postillonthema durch seine unzeitgemäße Einfachheit, zumal durch den Rhythmus, den es mit dem Kinderliede „Es klappert die Mühle am rauschenden Bach“ gemeinsam hat. Die harmonischen und zeichnerischen Veränderungen, unter denen dieses Thema, ohne auszuweichen, fortstarrt, werden recht nötig, und es ergibt eine hübsche Stelle, wenn genanntes Thema in der Vergrößerung der atemlosen Bewegung hinzutritt. Gleichwohl will sich die naive Heiterkeit, die der Lieddichter anstrebt, nicht recht einstellen. Der Grundgedanke ruft denn doch zu sehr die gewisse „Wer kommt denn da?“-Vorstellung wach. Nun folgt ein poetischer, pfitznerisch versponnener langsame Teil in Gis-Moll, der in der Klavierfigur sich auch an Chopin befruchtet. Dieses Adagio geht in den Schlusssatz über, dessen thematische Grundlinie eine leichte Trockenheit nicht überwindet. Das Klavier vertieft sich in eine fugierte Kadenz. Die Arbeit an sich ist hier meisterlich. Und deutlich tritt aus dem neuen Konzert das stilistisch begründete Streben nach Erweiterung der Klaviertechnik hervor. Allerdings ist der Klavierpart recht widerhaarig ausgefallen. Frau Kwast, die in Deutschland geschätzte Regerspielerin, hat Kraft und Willen und arbeitet mit männlichem Anschlag und weiblicher Sauberkeit am polyphonen Gewebe.

Hans Pfitzner dirigierte im selben Konzert auch drei Vorspiele aus seiner Musik zu Idens „Fest auf Solhaug“. Eine Jugend-, eine Konservatoriumsarbeit, auch bereits in einem philharmonischen Konzerte aufgeführt; derzeit nichts

als „gute Musik“ ohne sonstige Kennzeichen, von auffällig blasser Farbe und geringem dramatischen Blut. Vier neue Lieder nach Konrad Ferdinand Meyer fanden ihren reflektiven Zug unschwer in Pfitznerscher Musik widergespiegelt. Konrad Ferdinand Meyer war ein Dichter aller Breiten. Der faßte mit lyrischer Kraft zusammen, ließ alles Gedankliche in der lyrischen Melodie untergehen. Bei Pfitzners Liedern denkt man stilistisch an Hugo-Wolf, wenn dieser sich so recht nachdenklich einspinnt. „Fußens Kerker“, hat etwas glücklich Holzschnittartiges im Gesange; herbe Figur macht die Begleitung interessant. „Laß scharren deiner Kasse Hut“ strebt die Frische und Schwung des Da capo-Liedes an und erreicht auch das Vorhaben. Der Sänger: Hans Duhan. Dieser Künstler wächst noch immer in der Vergeistigung des Vortrages, sein Piano wird klanglich immer edler und feilich bewogender. Ein abschließendes Orchesterlied nach Eichendorffs Gedicht „Klage“, das dem Jahre 1809 galt, wedete Beziehungen zur deutschen Gegenwart. So nahm ein demonstrierender Beifallssturm auch politischen Gepräge an. Wie ja bei Pfitzner auch sonst Nebenvorstellungen ähnlicher Art den Beifall mitbeeinflussen. Wollen doch die letzten Arbeiten des Lieddichters ebenso seine Gesinnung wie seine Inspiration betonen, ja loben sie doch eigentlich die erste mehr als die zweite. Dem Musiker der „Rose vom Liebesgarten“, des C-Dur-Quintetts, kommt dabei für seine schwächeren Werke eine moderne Formel zu Hilfe, die ermattende Erfindung und Un Sinnlichkeit mit dem Vorzug des „Ethos“ ausgleichen möchte. Treffend soll einer der ersten Musiker Wiens bemerkt haben, daß er allem Ethos ohne Einfälle inspirierte Puccini-Musik ohne Ethos vorziehe. Womit nicht gesagt sein soll und nicht gesagt sein darf, daß etwa nicht auch Puccini sein Ethos hat. Er hat es aber zunächst als Mensch; für den Musiker genügt das Talent, in dem sich übrigens immer auch der Mensch ausdrückt.

Julius Korngold.

parationsfrage, hat zu keinem Erfolge geführt. Poincaré hat es abermals kategorisch abgelehnt, Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet zu führen, bevor die Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923 erfolgt ist. Das Reichskabinett hat sich heute in mehrstündigen Beratungen mit dieser Sachlage beschäftigt. Wie Ihr Korrespondent erfährt, wird der Standpunkt der Reichsregierung der gleiche bleiben, wie er sich in den Instruktionen des deutschen Geschäftsträgers in Paris ausdrückt.

Nach einer amtlichen Darstellung hat der deutsche Geschäftsträger in der gestrigen Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten darauf hingewiesen, daß die deutsche Absicht nicht darin gehe, über die Aufgabe des Widerstandes, der eine vollzogene Tatsache sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstandes die Wiedereingangssetzung von Arbeit und Produktion im besetzten Gebiet am schnellsten zu bewerkstelligen sei, insbesondere wie Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien in der gegenwärtigen Situation ermöglicht werden könnten. Die Reichsregierung sei bereit, nach lokale Verhandlungen zu fördern. In diesem Zusammenhang brachte der deutsche Geschäftsträger dem französischen Ministerpräsidenten die Weisung zur Kenntnis, welche die Reichsregierung den Beamten, insbesondere den Eisenbahnern, im besetzten Gebiet erteilt habe. Auch die Richtlinien für die Industrie wurden bekanntgegeben. Der Geschäftsträger hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer völligen Zerrüttung, Ratlosigkeit und Untätigkeit im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich der von Frankreich angestrebte Zustand vor dem 11. Januar 1923 nicht erreichen lassen. Den wichtigsten Punkt in der Unterredung bildete die Frage der Kohlen- und Kokslieferungen für Frankreich und Belgien. Der Geschäftsträger hat dabei betont, daß Deutschland gegenwärtig außerstande sei, diese Finanzierung seinerseits vorzunehmen, und auf die gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenzweigen nach Wiederaufnahme der Arbeit schon nach wenigen Tagen infolge Mangels an Zahlungsmitteln sich wieder einstellten müßten. Da die Unterstützungszahlungen des Reiches eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß 550.000 Bergarbeiter mit ihren Familien dem Verhungern gegenüberstünden, und daß dazu noch Millionen von Arbeitern und Angestellten der Industrie kämen, deren Beschäftigung von dem regulären Betrieb der Kohlenzweigen abhängt. Die deutsche Regierung, die diese Entwicklung klar vor Augen sieht, steht ihr aber, wenn Frankreich eine Verständigung ablehnt, machtlos gegenüber. Schließlich legte der Geschäftsträger die Gründe der Reichsregierung dar, die zur Aufhebung der Kohlensteuer veranlassen. Bezüglich der allgemeinen Reparationsfrage erklärte der Geschäftsträger, die Reichsregierung halte es für ratsam, sich alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung zu setzen.

In seiner Antwort erklärte der französische Ministerpräsident, daß ihm die von der Reichsregierung und den Landesregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Weisungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur auf Tatsachen ankomme. Das Ausschlaggebende sei die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen, er müsse sie vielmehr als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig brächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er solange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand restlos aufgegeben worden sei.

Eine französische Berichtigung.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Paris, 18. Oktober.

Das Ministerium des Aeußern hat der Presse heute abend gegen 8 Uhr eine Berichtigung der amtlichen Berliner Schilderung des gestrigen Besuches des deutschen Geschäftsträgers bei Poincaré zugestellt. Es wird darin behauptet, die deutsche Darstellung enthalte unrichtige Angaben und tendenziöse Entstellungen. Poincaré habe dem deutschen Geschäftsträger erklärt, nach französischer Auffassung könne der passive Widerstand noch nicht als eingestellt gelten. So seien zum Beispiel die deutschen Eisenbahner noch nicht alle zur Arbeit zurückgekehrt. Sobald dies geschehen sein wird, würde von einem wesentlichen Fortschritt in der Richtung nach der Einstellung des Widerstandes gesprochen werden können. Aber die Erklärungen des deutschen Geschäftsträgers, daß Deutschland nicht in der Lage sei, die Sachleistungen wieder aufzunehmen, bedeute einen Eingriff in die Rechte der Reparationskommission. Diese habe gerade wegen unzureichender Sachleistungen eine Nichterfüllung Deutschlands festgestellt. Deutschland müsse zunächst die Lage vom 11. Januar in jeder Hinsicht wiederherstellen und auch die Reparationslieferungen in entsprechendem Umfange wieder aufnehmen. Sobald dies geschehen und die festgestellte Nichterfüllung beseitigt sein wird, könne Deutschland bei der Reparations-

kommission wegen der Schwierigkeiten, die ihm aus den Sachleistungen zurzeit erwachsen, vorstellig werden.

Der Kampf der sächsischen Regierung gegen den Reichswehrminister.

Mitteilungen des Ministerpräsidenten über die Schwarze Armee.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Dresden, 18. Oktober.

Im Verlaufe der heutigen Landtagsitzung kamen die seit längerer Zeit angebrohten Enthüllungen des Ministerpräsidenten Dr. Zeigner über die Beziehungen zwischen Reichswehr und Geheimorganisationen zur Sprache. Der demokratische Redner Dr. Seyfert erklärte es für Landesverrat, wenn man die Regierung auffordere, gegen ein Mitglied der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Es sei unverantwortlich von Dr. Zeigner, daß er gestern dem Landtag beim Verlesen des Ultimatums des Generals Müller nicht mitgeteilt habe, daß hinter Müller die Reichsregierung stehe. Dr. Zeigner erwiderte, daß er erst heute mittag hiervon erfahren habe. Er betonte dann, daß er sich zurückhalten werde, und nicht alles sagen wolle, was er wisse. Er müsse aber sprechen, obwohl jedes Wort seinen Widerhall in Frankreich finden werde. Frankreich sei aber genau über alles unterrichtet durch seine Kontrollorgane und seinen Spionagedienst. Denn der französische Franc löse manche Rünge. Vor wenigen Tagen erst seien die ersten Schritte in dieser Beziehung erfolgt, die der Öffentlichkeit noch nicht bekannt seien. Dr. Zeigner, werde aber nicht so offen sprechen, wie er ursprünglich geplant habe. Seit November 1921 habe sich die sächsische Regierung um Beseitigung dieser Beziehungen zwischen Reichswehr und Geheimorganisationen bemüht. Immer vergebens. Die Beziehungen seien denkbar eng. Das Reich habe eine schwarze Armee, ohne daß das Reichswehrministerium etwas davon wisse. Als er mit seinen Enthüllungen im Juli gedroht habe, habe Reichskanzler Dr. Cuno ihm androhen lassen, er werde mit allen, aber auch mit allen Mitteln gegen ihn vorgehen. In Küstrin seien seit vielen Monaten in großem Maßstabe Mannschaften ausgebildet worden. Das habe zu Nordaten geführt. In wenigen Tagen seien dort vier Morde passiert, die er beweisen könne. Ende September und Anfang Oktober hätten sich an zahlreichen Orten rund um Berlin derartige schwarze Formationen erhoben oder erheben wollen, doch seien ihre Pläne durch die preussische Polizei verhindert worden. In Stralsund, Döberitz, Küstrin usw. gebe es solche Formationen. Sie rekrutierten sich aus Rechtskreisen, die politischen Einfluß zu erlangen suchen. Auch in dem sächsischen Lager Königsbrücken würde jetzt schwarze Reichswehr in vier bis sechs wöchigen Kursen ausgebildet. Er könne diese Berichte darüber vorlegen. In den letzten Tagen seien viele schwarze Mannschaften eingezogen worden, so in Leipzig an einem Tag 1500 Mann. In Schlesien, Pommern, Mecklenburg usw. ähneln die Verhältnisse schon Bayern. Das könne zu einer Katastrophe für das Reich führen. In zahlreichen Fällen seien Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der Geheimorganisationen im Gange verlaufen, Gerichtsakten seien spurlos verschwunden. Die Bestimmungen zum Schutze der Republik ständen nur auf dem Papier. Von diesen Organisationen aus seien zahlreiche politische Morde verübt worden. Es seien genaue Anweisungen für den Kampf der schwarzen Armee im Innern und Aeußern getroffen worden. Diese Organisationen müßten binnen wenigen Wochen zer schlagen werden, sonst würde die Entente es erzwingen unter viel härteren Bedingungen. Die Entente wisse darüber Bescheid.

Die bürgerlichen Redner wandten sich gegen Dr. Zeigner, und der Deutsch-nationale erklärte die Mitteilungen für offenen Landesverrat. Es sei bedauerlich, daß die Reichsregierung noch keine Mittel gefunden habe, um die Immunität der Abgeordneten gegenüber Landesverrat aufzuheben. Das rief einen ungeheuren Sturm der Entrüstung hervor, und zahlreiche beleidigende Zwischenrufe wurden laut. Zum Schlusse wurde ein Antrag der Linksparteien, die Regierung aufzufordern, bei der Reichsregierung den Rücktritt des Reichswehrministers Geßler zu verlangen, gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. Der Deutsch-nationale verließ den Saal und beteiligte sich nicht mehr an der weiteren Aussprache.

Entspannung im sächsischen Konflikt.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 18. Oktober.

In Berliner politischen Kreisen hofft man, daß es gelingen werde, in dem Konflikt zwischen der Reichsregierung und der sächsischen Regierung zu einer Verständigung zu gelangen. Auch der „Vorwärts“ unterläßt es, die Gegensätze zu verschärfen, und schreibt heute abend: Wir nehmen mit Bestimmtheit an, daß die Suppe in Dresden nicht so heiß gegessen wird, wie sie gekocht wurde. Die Möglichkeit einer Verständigung ist dadurch gegeben, daß der in Sachsen kommandierende General v. Müller, nachdem der sächsische Ministerpräsident auf sein Ultimatum nicht geantwortet hat, keinerlei weitere Maßnahmen ergriff, sondern zunächst sich an den Reichswehrminister gewandt hat, um dessen Weisungen anzuholen. Eine weitere Entspannung wird dadurch geschaffen, daß die Reichsregierung den sächsischen Sozialisten Meyer aus Zwickau zum Zivilkommissar des sächsischen Wehrkreises ernannt hat, der also dem General v. Müller in der Ausübung der Kommandogewalt beigeordnet ist. Außerdem haben sich die beiden Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Müller und Wels, heute zum Reichspräsidenten begeben, um gleichfalls für den Ausgleich zu arbeiten. Allerdings wird

von der bürgerlichen Presse gefordert, daß kommunistische Übergriffe in Sachsen nicht zu dulden wären. Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Erreicht werden muß die unbedingte Sicherung der Rechts- und Staatsordnung in Sachsen und die Gewähr für eine Unterordnung auch der Kommunisten unter die Pflichten, die sie mit der Übernahme eines Amtes in der deutschen Republik auf sich genommen haben. Wenn sie diese Pflichten nicht erfüllen können, so müssen sie auf ihre Ämter verzichten. In dieser Beziehung darf es keine Unklarheit geben. Wie man jetzt erfährt, ist der kommunistische sächsische Finanzminister Böttcher, der durch seine Rede einen großen Zwischenfall hervorgerufen hat, ein ganz junger Parteipolitiker, der eben erst von einer längeren Reise aus Rußland zurückgekehrt ist.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bayern und Sachsen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

München, 18. Oktober.

Die „Bayerische Staatszeitung“ bringt heute an der Spitze des Blattes eine Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Bayern und Sachsen mit folgendem Wortlaut: Auf eine Mitteilung der sächsischen Regierung über die Entlassung des sächsischen Geschäftsträgers Legationsrates v. Dziewbowski aus dem sächsischen Staatsdienst, in der zugleich weitere Nachrichten wegen der Wiederbesetzung der sächsischen Gesandtschaft in München in Aussicht gestellt waren, hat das Staatsministerium des Aeußern dem sächsischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geantwortet, die bayerische Regierung sei, insoweit die kommunistische Partei, die erbitterte Feindin jeder verfassungsmäßigen Staatsordnung, in der sächsischen Regierung vertreten sei, nicht in der Lage, einen neuen sächsischen Gesandten oder Geschäftsträger zu empfangen. Zugleich hat die bayerische Regierung in Verfolg dieser grundsätzlichen Stellungnahme den bayerischen Gesandten bei der sächsischen Regierung Dr. v. Preger abberufen.

Verhängung des Ausnahmezustandes in Mannheim.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Mannheim, 18. Oktober.

Infolge der Unruhen der letzten Tage hat der badische Minister des Innern über Mannheim den Ausnahmezustand verhängt. Nach einer Verordnung des Wehrkreiskommandos werden Verbrechen, die sonst mit Zuchthaus bestraft sind, mit dem Tode bestraft. Die Aufforderung zum Generalstreik oder zum Bürgerkrieg falle unter diese Bestimmungen. Auch die Franzosen haben in der von ihnen besetzten Neckarvorstadt jede Ansammlung verboten.

Bei den gestrigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei wurden sieben Personen und sechzehn Verletzte festgestellt. An der Neckarbrücke kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem es zahlreiche Verletzte gab. Als die Demonstranten über die Brücke zurückweichen wollten, wurde ihnen von den Franzosen der Rückweg versperrt. Dadurch gelang es der Polizei, etwa 60 Personen festzunehmen und zu entwaffnen. Die am Abend eingetretene Beruhigung hat die Nacht über angehalten.

Heuerliche Auswüchse in Berlin.

Berlin, 18. Oktober.

Heute kam es im Norden und Osten von Berlin erneut zu Ausschreitungen. Trupps von halbwüchsigen Burschen verlangten in Lebensmittelgeschäften die kostenfreie Verabfolgung von Waren. Einige von ihnen konnten festgenommen werden. Vor einigen anderen Läden traf die Polizei ein, che es zu Plünderungen kommen konnte.

Weitere große Preissteigerungen.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 18. Okt...

Die neue starke Steigerung des Dollarkurses hat sofort ihre Wirkung auf die Lebensmittelmärkte ausgeübt. Als gestern die amtliche Dollarfestsetzung bekannt wurde, wurden alle Preise wieder bedeutend erhöht, und zwar weit mehr erhöht, als die Dollarsteigerung beträgt. Heute morgen waren die Lebensmittelpreise in den Markthallen und Warenhäusern geradezu in einem chaotischen Zustand der Aufwärtsbewegung. Eine einheitliche Parole war nicht zu erkennen. Jeder Händler erhöhte nach seinem Gutdünken. Für das Pfund Fleisch wurde eine Milliarde und mehr verlangt. Wurstwaren bewegten sich zwischen der ersten und zweiten Milliarde. Ein Ei kostete 150 Millionen. Der Verband der Berliner Bäckermeister kündigte an, daß er sich genötigt sieht, den Brotpreis abermals heraufzusetzen, und daß das Brot von morgen ab 620 Millionen, die Semmel 18 Millionen Mark kosten wird. Auch die Zeitungen erhöhen ihren Bezugspreis. Das „Berliner Tageblatt“ kündigt an, daß das Abonnement für die kommende Woche zwei Milliarden Mark beträgt.

Kommunistische Tumultszene in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Berlin, 18. Oktober.

Durch das tumultuarische Verhalten der kommunistischen Abgeordneten wurde die Abhaltung der heutigen Stadtverordnetenversammlung unmöglich gemacht. Von allen Parteien waren Dringlichkeitsanträge eingebracht worden, die unter

Hinrichtung auf die letzten Frawalle der Arbeitslosen Erhöhung der Unterstützung für Erwerbslose, besseren Schutz für die Geschäftsleute bei Plünderungen und Aufhebung des Ausnahmestandes forderten. Da der Dringlichkeit aller Anträge widersprochen wurde, beruhigten sich die Kommunisten nicht, sondern forderten den Oberbürgermeister auf, sofort eine Erklärung abzugeben, weil sonst die etwa 200.000 Arbeitslosen und Kurzarbeiter in Berlin zur positiven Tat übergehen würden. Die Kommunisten hinderten den Vorsitzenden, zu Wort zu kommen und ließen einen Hagel von Schimpfworten auf den Magistrat und die bürgerlichen Parteien niedergehen. Dem Vorsitzenden blieb nichts anderes übrig, als die Sitzung zu schließen.

Bevorstehender Direktionswechsel in der Deutschen Bank.

Berlin, 18. Oktober.

Mehreren Blättern zufolge wird ein Wechsel im Direktorium der Deutschen Bank eintreten. Die Herren Paul Mankiewicz und Heinemann werden aus Gesundheitsrücksichten ihre Ämter als Direktoren demnächst niederlegen.

Englische Kredite an Deutschland.

London, 18. Oktober.

Wie „Evening Standard“ meldet, habe die Reichsregierung bei Londoner Banken langfristige Kredite von mehreren tausend Pfund Sterling zum Ankauf von Kohle erhalten.

Eine Unterredung mit Dr. Masaryk.

Ueber seine Auslandsreise, die Deutschen in der Czecho-Slowakei und die Lage in Deutschland. Von unserem Korrespondenten.

Territet, 18. Oktober.

Der Präsident der czecho-slowakischen Republik Masaryk, der sich vor seiner Reise nach Paris hier in diesem reizvollen Winkel am Genfer See, wo seine Tochter mit einem Schweizer Arzt verheiratet ist, eine Woche der Erholung gönnte, hatte die Freundlichkeit, Ihren Korrespondenten zu empfangen und ihm unter anderem über die Reise einige Auskünfte zu geben. Mit großer Freimütigkeit sprach sich Präsident Masaryk, dessen hoher, beweglicher Gestalt man das biblische Alter keineswegs ansieht, auch über einige Tagesprobleme aus, wenngleich er sich naturgemäß in seinen Äußerungen über die für sein Land besonders aktuellen Fragen, da diese ja nicht nur die czecho-slowakische Republik, sondern auch das Land betreffen, in das er sich zu begeben im Begriffe stand, eine gewisse Zurückhaltung auflegte.

Seine Reise nach Paris, erklärte Masaryk, war bereits im vorigen Jahre geplant, und unsere Beziehungen zu Paris können für niemand etwas Ueberraschendes oder Aufregendes haben. Paris war das Zentrum unserer Bewegung während des Krieges. Benesch hielt sich seit 1915 dort auf, und ich selbst hatte und habe Beziehungen zu einer großen Reihe führender Persönlichkeiten Frankreichs. Den Präsidenten der französischen Republik Millerand kenne ich indessen persönlich bisher nicht, und so lag es nahe, daß ich der im vorigen Jahre an mich ergangenen Einladung nun in diesem Jahre, wo sich die Möglichkeit dazu bietet, entspreche. Meine Reise hat keinerlei direkten Zusammenhang mit den großen internationalen Problemen, die die Welt in diesem Augenblicke beschäftigen.

Meine Frage, ob sie aber nicht im Zusammenhange mit der vielbesprochenen Frage einer Militärkonvention zwischen Frankreich und der czecho-slowakischen Republik stehe, verneinte Präsident Masaryk nicht, aber er bejahte sie auch nicht, sondern beschränkte sich darauf, als ich von der Rolle der französischen Militärmission in Prag sprach, die Bemüfung der französischen Militärs nach Prag zu begründen. Die Schaffung einer Armee, sagte er etwa, ist doch eine ungeheure technische und organisatorische Aufgabe, da man heute noch viel weniger als früher Armeen aus dem Boden stampfen kann. Wohin hätten wir uns also um militärische Techniker und Organisatoren wenden sollen, wenn nicht nach Paris? Frankreich ist doch nun einmal das militärisch vollkommenste Land unter unseren Verbündeten. Es war also nur selbstverständlich, daß wir uns die Lehrer für den Aufbau unserer Heeres aus Frankreich erbaten, und daß wir dieser Hilfe froh sind, solange wir ihrer bedürfen.

Die kürzliche Anwesenheit einer czecho-slowakischen Mission unter Führung von Senator Klossac in der Schweiz gab mir Veranlassung, mich zu erkundigen, ob die Prager Regierung die Absicht habe, demnächst an die Einführung des Milizsystems zu gehen. Präsident Masaryk antwortete, er lese eben in den Prager Blättern, daß Senator Klossac selbst die Einführung der Miliz nicht befürwortete. Unser Militärgeheim, sagte Masaryk, stellt zwar die Miliz als das anzustrebende Ziel dar, aber ihre tatsächliche Einführung ist unter den gegebenen Umständen nicht möglich, abgesehen davon, daß das Milizsystem nach den Aussagen von Fachleuten selbst in vielen Beziehungen reformbedürftig ist. Das Wichtigste ist, daß wir eine demokratische Armee ausbilden und uns des alten Militarismus erwehren.

Auf die Frage, ob Präsident Masaryk in Paris mit Millerand und Poincaré über die ungarische Anleihe und in welchem Sinne verhandeln werde, erhielt ich die Antwort, daß diese Frage nicht auf dem Programm stehe. Frankreich habe aber, sagte Masaryk, volles Verständnis für diese Angelegenheit und er sei sicher, daß die Genfer Vereinbarungen zwischen den Ministern Benesch und Bethlen gebilligt werden würden.

Als die Unterredung sich weiterhin der Rolle der Deutschen im alten Oesterreich und der heutigen Rolle der Deutschen in der czecho-slowakischen Republik zuwandte, erklärte Präsident Masaryk, daß die czechische Reaktion gegen die frühere Unterdrückung alles Czechischen durch die deutschen Elemente Oesterreichs vielleicht schroff erscheint, aber dabei ist zu bedenken, daß ja wir die Pläne für den Fall eines öster-

reichisch-deutschen Sieges viel zu gut gekannt haben. Sie zielten auf die nahezu absolute Ausmerzungen alles dessen hin, was czechisch war, und auf eine gewalttätige Germanisierungspolitik, wie sie bis dahin noch nicht erlebt worden war. Auch die einzige czechische Universität sollte uns genommen werden und doch hätte die alte Wiener Regierung wirklich allen Grund gehabt, sich für die czechische Mitarbeit etwas dankbarer zu erweisen, und sie hätte es schon aus Klugheit und aus Erkenntnis der Sachlage tun sollen. Aber ich hatte während des Krieges oft genug Anlaß, mich über die Blindheit und das Unverständnis für eine Situation im deutsch-österreichischen Lager zu wundern, und aus dieser mangelnden Erkenntnis sind eben auch die erwähnten Germanisierungspläne erwachsen. (Das czechische Volk hat im alten Oesterreich eine glänzende Entwicklung genommen und von einer Unterdrückung durch die Deutschen, die nichts anderes anstrebte als die ruhige, ungehörte Entwicklung in ihrem Sprachgebiete, konnte keine Rede sein. Gewalttätige Germanisierungspläne mögen in einzelnen radikalen Kreisen bestanden haben, aber gewiß nicht an den verantwortlichen maßgebenden Stellen. Anm. d. Red.)

Ist nun das Pendel gelegentlich auch einmal nach der anderen Seite ausgeschlagen, so hat sich doch ein leidliches Verhältnis der Deutschen zu unserem Lande ausgebildet, und ich hoffe, daß es unter dem wachsenden beiderseitigen Verständnis für die Vereinbarkeit der wahren Interessen des czechischen Staates mit denen der Deutschen im Lande sich auch noch weiter bessern wird.

Die Erwähnung der deutschen Pläne im Kriege brachte das Gespräch auf die deutsche Politik im allgemeinen und den politischen Sinn des deutschen Volkes, den Präsident Masaryk nicht so gering einschätzte, wie man das sonst vielfach tut. Was mich an der deutschen Politik freilich, sagte Präsident Masaryk, schon während des Krieges, von der Zeit vorher ganz zu schweigen, und auch nachher sehr oft in Erstaunen gesetzt hat, das ist ihre Unfähigkeit, sich über eine gegebene Situation Rechenschaft abzulegen und ihr auch Rechnung zu tragen. Masaryk führt eine Reihe von Beispielen an. Er zieht eine solche Verkennung der Situation auch in der Haltung Deutschlands zum Völkerbunde, die ihm lediglich vom falsch verstandenen propagandistischen Gesichtspunkte geleitet zu sein scheint. Den politischen Sinn des deutschen Volkes unterschätzt man meiner Meinung nach im allgemeinen, sagte Präsident Masaryk.

Auf meine Frage nach der Haltung der Regierung seines Landes bei einer etwaigen weiteren Entwicklung der Zerlegungserscheinungen in Deutschland, erwiderte Doktor Masaryk: Das deutsche Volk ist durch seine ganze Kultur so fest zusammengeschlossen, daß ich an einen politischen Zerfall Deutschlands nicht glaube. Ich sehe in den gegenwärtigen Strömungen nur eine verschiedentlich sich ändernde Reaktion auf die allzu straffe Zentralisierungsneigung der Bismarckschen Verfassung, die sich allzu ausschließlich auf die Vormachtstellung Preußens stützte und die auch in diesem Sinne heute noch weiter wirkt. Bismarcks Fehler bei der Begründung des neuen Deutschen Reiches bestand übrigens nicht nur in diesem innerpolitischen Irrtum, sondern er fügte den außenpolitischen Fehler hinzu, daß er das Gedeihen des Reiches an das der österreichisch-ungarischen Monarchie band, deren innere Schwäche ihm, besonders aber seinen Nachfolgern, nicht verborgen bleiben konnte. Wenn nun nach der durch den Krieg erfolgten Aufklärung dieses Irrtums eine Reaktion gegen die erzwungene Zentralisierung einsetzt, so sehe ich darin noch längst keine Auflösungserscheinungen, sondern eher vielleicht den Anfang zu einer wirklichen Gesundung. Ich glaube deshalb nicht, daß wir zu den Vorgängen in Deutschland, die ich als rein interner Art ansehe, irgendwie Stellung zu nehmen gezwungen sein werden.

Die Entscheidung der Reparationskommission in der ungarischen Anleihefrage.

Die Erwidrerung auf die Rede des czecho-slowakischen Gesandten.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Budapest, 18. Oktober.

Die politischen Parteien, die Presse und die Öffentlichkeit beschäftigen sich mit dem gestrigen Beschluß der Reparationskommission, wonach die Aufhebung des Generalpfandrechtes sowie die Ausarbeitung eines Sanierungsplanes für Ungarn gesichert erscheint. Es wird allgemein mit Genugtuung begrüßt, daß die Reparationskommission ein ehemaliges Mitglied des Finanzsekretariats des Völkerbundes, Herrn Bouinot, damit betraut, zusammen mit dem Sekretär des Völkerbundes an die vorbereitenden Studien für das Sanierungsprogramm zu schreiten. Lebhaft kommentiert wird jener Passus an der Entscheidung der Reparationskommission, nach der nur diejenigen Staaten in das Kontrollkomitee mit einbezogen werden, die Ungarn die Anleihe gewähren. Es entsteht die Frage, ob die Staaten der kleinen Entente, die bekanntlich die Garantie für den auf sie entfallenden Anteil der Anleihe nicht übernehmen wollen, trotzdem Mitglieder des erwähnten, von der Reparationskommission zu ernennenden Kontrollkomitees sein können oder nicht. Man glaubt, daß gerade die Staaten der kleinen Entente die Kontrollfrage als so wichtig betrachten, daß sie ihren ursprünglichen Standpunkt aufgeben und auch ihrerseits die Teilgarantie für die Anleihe übernehmen werden.

Unangenehm berührt hat hier die Rede des czecho-slowakischen Vertreters Dsushy der in der gestrigen Sitzung der Reparationskommission als Berichterstatter fungierte. Die ungarische Regierung legt das größte Gewicht darauf, daß die von dem Vertreter der Czecho-Slowakei in der Reparationskommission erhobenen Vorwürfe nach jeder Richtung geklärt werden. Die ungarische Regierung weist darauf hin, daß die in der Karzager Rede des Reichsverwesers erörterten Stellen seinerzeit den Gegenstand diplomatischer Verhandlungen zwischen Ungarn

und der kleinen Entente gebildet haben und daß diese Gelegenheit auf diplomatischem Wege vollkommen bereinigt worden ist. Die ungarische Regierung teilte den in dieser Angelegenheit intervenierenden Gesandten der Czecho-Slowakei, Jugoslawiens und Rumaniens mit, daß die in der Auslandpresse verbreiteten Nachrichten über die Rede des Reichsverwesers nicht den Tatsachen entsprechen, daß der Sinn der Rede nicht richtig wiedergegeben worden war und es dem Reichsverweser fern lag, Nachbarstaaten zu provozieren. Diese Erklärung der ungarischen Regierung haben damals die Gesandten der kleinen Entente zur Kenntnis genommen und erklärt, daß sie von den friedlichen Absichten des Reichsverwesers und der ungarischen Regierung gegenüber den Nachbarn überzeugt seien.

Die vom czecho-slowakischen Vertreter in der Reparationskommission vorgebrachte Behauptung, daß in Ungarn eine geheime Kanonen- und Munitionsfabrik entdeckt worden sei, bildete seinerzeit den Gegenstand einer Untersuchung der in Budapest befindlichen militärischen Kontrollkommission der Entente. Es wurde festgestellt, daß die in der Gsepeler Fabrik der Firma Manfred Weiß aufgefundenen Geschöshülsen mit Bewilligung der Kontrollkommission hergestellt worden sind, weil in der staatlichen Waffenfabrik die zur Erzeugung erforderlichen Maschinen fehlten. Die militärische Kontrollkommission hatte auch Kenntnis davon, daß die in der Manfred Weiß-Fabrik vorgefundenen Geschöshülsen zu Einmelmelzwecken angekauft worden waren, daß es aber hiezu infolge einer Unterlassung der Fabrik nicht gekommen war. Der Ministerpräsident Graf Bethlen hatte während seines Aufenthaltes in Genf Gelegenheit genommen, auch diese Frage zu klären. Man legt deshalb den Ausführungen Dsushys in Regierungskreisen keine allzu große Bedeutung bei, bedauert jedoch, daß der czecho-slowakische Vertreter in die durch die günstige Entscheidung der Reparationskommission hervorgerufene Stimmung eine Disharmonie gebracht habe, die den Gang der Ereignisse wohl nicht beeinflusst, immerhin aber geeignet erscheint, die allseitige Tendenz, eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen, abzuschwächen.

Sein Ultimatum Rußlands an Polen.

Wien, 18. Oktober.

Die polnische Gesandtschaft teilt mit: In einigen Auslandszeitungen erschien eine Nachricht über eine ultimative Forderung der russischen Regierung, betreffend den Durchmarsch russischer Militärs durch polnisches Gebiet zur Hilfeleistung an die Kommunisten Deutschlands. Die polnische Gesandtschaft in Wien ist ermächtigt, diese Nachricht als vollständig unwahr in aller Form zu dementieren.

Die Wahlen am 21. Oktober.

Die Gemeinderatswahlen.

Am 21. Oktober kommen die 120 Mandate, aus denen der Gemeinderat nach dem Landesgesetze vom 24. Juli 1923 nunmehr bestehen wird — bisher zählte er 165 Mitglieder — zur Befugung, die sich auf die einzelnen Gemeindebezirke in folgender Weise verteilen:

Innere Stadt 2 (bisher 4), Leopoldstadt 9 (bisher 12), Landstraße 9 (bisher 13), Wieden 3 (bisher 5), Margareten 6 (bisher 9), Mariahilf 3 (bisher 5), Neubau 4 (bisher 6), Josefstadt 3 (bisher 5), Alsergrund 6 (bisher 8), Favoriten 10 (bisher 12), Simmering 3 (bisher 4), Meidling 7 (bisher 9), Döbling 9 (bisher 11), Rudolfsheim 5 (bisher 7), Fünfhaus 3 (bisher 5), Döbling 11 (bisher 14), Hernals 6 (bisher 8), Währing 6 (bisher 8), Döbling 3 (bisher 5), Brigittenau 6 (bisher 6), Floridsdorf 6 (bisher 7).

Für die Bezirksvertretungen sind 630 Mitglieder zu wählen, für jeden Bezirk 30; hier ist eine Änderung der Zahl der Funktionäre nicht eingetreten.

Die Wahlen in den Gemeinderat im Jahre 1919.

Bei den letzten Wahlen in den Gemeinderat am 4. Mai 1919 fielen von den 165 Mandaten den Sozialdemokraten 100, den Christlichsozialen 50, den vereinigten sozialistischen und demokratischen Czecho-Slowaken 8, der jüdischnationalen Partei 3, der deutschnationalen Partei 2 Mandate zu, die nationaldemokratische Partei und die vereinigten demokratischen Parteien erlangten je 1 Mandat.

Die bezirksweise Verteilung dieser Mandate ist aus folgender Tabelle ersichtlich:

Bezirk	Sozialdemokraten	Christlichsozial	Sozialist. u. demokratisch	Jüdischnationale	Deutsch-nationale	Nationaldemokratische	Vereinigten demokratischen
I	1	3	—	—	—	—	—
II	6	3	—	—	—	—	—
III	7	4	1	—	—	—	—
IV	1	3	—	—	—	—	—
V	6	3	—	—	—	—	—
VI	3	3	—	—	—	—	—
VII	3	3	—	—	—	—	—
VIII	2	3	—	—	—	—	—
IX	4	3	—	—	—	—	—
X	5	3	—	—	—	—	—
XI	3	1	—	—	—	—	—
XII	7	2	—	—	—	—	—
XIII	7	4	—	—	—	—	—
XIV	5	1	—	—	—	—	—
XV	3	2	—	—	—	—	—
XVI	10	2	—	—	—	—	—
XVII	3	2	—	—	—	—	—
XVIII	4	3	—	—	—	—	—
XIX	3	2	—	—	—	—	—
XX	6	1	—	—	—	—	—
XXI	6	1	—	—	—	—	—

Die für die einzelnen Parteien in den 21 Bezirken abgegebenen Stimmen betragen in Prozenten der Wahlberechtigten (1.123.216): für die Sozialdemokraten 32,78 für die Christlichsozialen 16,37, für die Czechen 5,10, für die Demokraten 1,56, für die Nationaldemokraten 1,90, für die Deutschnationalen 1,27, für die Jüdischnationalen 1,16; in Prozenten der abgegebenen gültigen Stimmen (679.726): für die Sozialdemokraten 54,17, für die Christlichsozialen 27,06, für die Czechen 8,44, für die Demokraten 2,50, für die Nationaldemokraten 3,14, für die Deutschnationalen 2,10, für die Jüdischnationalen 1,92.

Die Verteilung der abgegebenen gültigen Stimmen auf die einzelnen Parteien zeigt die umstehende Tabelle:

Gesamtübersicht über die Wahlergebnisse in den Wiener Gemeindebezirken bei der Wahl in den Gemeinderat 1919.

Table with 15 columns: Bezirk, Zahl der Wahlberechtigten, Gültige Stimmzettel, Christlichsoziale Partei, Sozialdemokratische Partei, Tschechoslowakische Partei, Vereinigte demokratische Parteien, Nationaldemokratische Partei, Deutsche (deutschösterreichische) Partei, Jüdischnationale Partei, Deutschnational-antisemitische Partei, Bürgerlich-demokratische Partei, Deutsch-österreichische Freiwirtschaftspartei, Wahlkomitee der demokratischen Bürgerlichen, Partei der demokratischen Bürgerschaft im Bezirk.

Die bisherigen Bezirksvertretungen.

Die Bezirksvertretungen setzten sich bisher in folgender Weise zusammen:

- 1. Bezirk: 16 Christlichsoziale, 7 Sozialdemokraten, 3 Mitglieder der Partei der demokratischen Bürger, 3 Demokraten, 1 Deutschnationaler.
2. Bezirk: 14 Sozialdemokraten, 7 Christlichsoziale, 4 Jüdischnationale, 2 Demokraten, 2 Tschechen, 1 Deutschösterreichischer.
3. Bezirk: 15 Sozialdemokraten, 10 Christlichsoziale, 2 Deutschnationaler, 2 Tschechen, 1 Demokrat.
4. Bezirk: 15 Christlichsoziale, 8 Sozialdemokraten, 4 Deutschnationaler, 2 Demokraten, 1 Tscheche.
5. Bezirk: 18 Sozialdemokraten, 9 Christlichsoziale, 2 Tschechen, 1 Nationaldemokrat.
6. Bezirk: 13 Christlichsoziale, 12 Sozialdemokraten, 2 Nationaldemokraten, 1 Jüdischnationaler, 1 Tscheche, 1 Demokrat.
7. Bezirk: 14 Christlichsoziale, 11 Sozialdemokraten, 2 Nationaldemokraten, 1 Demokrat, 1 Jüdischnationaler, 1 Tscheche.
8. Bezirk: 15 Christlichsoziale, 11 Sozialdemokraten, 2 Nationaldemokraten, 1 Demokrat, 1 Tscheche.
9. Bezirk: 13 Sozialdemokraten, 10 Christlichsoziale, 2 Demokraten, 2 Jüdischnationale, 2 Nationaldemokraten, 1 Tscheche.
10. Bezirk: 21 Sozialdemokraten, 4 Christlichsoziale, 5 Tschechen.
11. Bezirk: 22 Sozialdemokraten, 6 Christlichsoziale, 2 Tschechen.
12. Bezirk: 20 Sozialdemokraten, 7 Christlichsoziale, 2 Tschechen, 1 Deutschnationaler.
13. Bezirk: 17 Sozialdemokraten, 10 Christlichsoziale, 2 Nationaldemokraten, 1 Tscheche.
14. Bezirk: 20 Sozialdemokraten, 7 Christlichsoziale, 3 Tschechen.
15. Bezirk: 18 Sozialdemokraten, 9 Christlichsoziale, 2 Tschechen, 1 Deutschnationaler.
16. Bezirk: 21 Sozialdemokraten, 5 Christlichsoziale, 4 Tschechen.
17. Bezirk: 18 Sozialdemokraten, 8 Christlichsoziale, 3 Tschechen, 1 Nationaldemokrat.
18. Bezirk: 12 Christlichsoziale, 12 Sozialdemokraten, 4 Nationaldemokraten, 1 deutschnationaler Antisemit, 1 Tscheche.
19. Bezirk: 17 Sozialdemokraten, 9 Christlichsoziale, 2 Nationaldemokraten, 1 Demokrat, 1 Tscheche.
20. Bezirk: 21 Sozialdemokraten, 4 Christlichsoziale, 4 Tschechen, 1 Jüdischnationaler.
21. Bezirk: 22 Sozialdemokraten, 5 Christlichsoziale, 2 Tschechen, 1 Deutschösterreichischer.

Die Wahlwerber für die bevorstehenden Wahlen.

Für den Gemeinderat und für die Bezirksvertretungen haben für alle Bezirke die Sozialdemokraten, die Christlichsozialen, die tschechische Minoritätspartei und die Großdeutschen Wahlvorschläge erstattet. Die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei hat mit Ausnahme der Bezirke Rudolfsheim, Ottakring, Hernals und Floridsdorf in allen anderen Bezirken sowohl für den Gemeinderat als auch für die Bezirksvertretung Wahlvorschläge eingebracht. Die kommunistische Partei hat Wahlvorschläge mit Ausnahme der Bezirke Innere Stadt, Wieden und Mariahilf, in allen übrigen Bezirken für den Gemeinderat und die Bezirksvertretung eingebracht. Die kaiser-treue Volkspartei kandidiert in der Brigittenau nur für den Gemeinderat, in den Bezirken Leopoldstadt, Alsergrund, Simmering, Währing, Fünfhaus, Währing, Döbling und Floridsdorf hat sie überhaupt keine Kandidaten aufgestellt und in den übrigen Bezirken wurden Wahlvorschläge für beide Körperschaften eingebracht. Die Jüdische Wahlgemeinschaft beteiligt sich in Floridsdorf nur an der Wahl für den Gemeinderat, hat in Simmering und Meidling überhaupt keine Kandidaten aufgestellt, während sie in allen anderen Bezirken sowohl für den Gemeinderat als auch für die Bezirksvertretung Wahlvorschläge eingebracht hat. Die tschechischen Sozialdemokraten werden ihre Stimmen für die deutschen Sozialdemokraten abgeben.

Die gültigen Stimmzettel.

Wir werden ersucht, darauf aufmerksam zu machen, daß die obere Hälfte des Stimmzettels nicht den Vermerk „Nationalrat“ tragen muß. Nur auf der unteren Hälfte muß der Vermerk „Gemeinderat und Bezirksvertretung“ angebracht sein. Auch Stimmzettel, die im oberen Teile lediglich die Partei-Bezeichnung haben, sind gültig.

Schulunterricht und Wahlen.

Zur Durchführung der am Sonntag den 21. d. stattfindenden Wahlen sind auch Schulgebäude für die Unterbringung der Wahllokale in Anspruch genommen. Mit Rücksicht auf die damit verbundenen Arbeiten wird an jenen Schulen, die für die Unterbringung von Wahllokalen bestimmt sind, der Unterricht am Samstag den 20. d. bereits um 11 Uhr vormittags geschlossen und am Montag den 22. d. erst um 10 Uhr vormittags aufgenommen. In allen anderen Schulen ist regelmäßiger Unterricht.

Versammlungen der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei.

Freitag den 19. Oktober.

7 Uhr abends im Sophiensaal (neuer Saal), 3. Bezirk, Marxergasse 17, große Wählerversammlung. Redner: Frau Marianne Hainisch, Abgeordnete Ottokar Czernin, Vizepräsident F. Vinz, Hofrat Dr. Wirth.

8 Uhr abends im Gasthaus „zur Stadt Brunn“, 8. Bezirk, Stroziggasse 36, Sprechabend. Redner: Hofrat Dr. Klau, Ingenieur Paul Schmidt, Bezirksrat Kóvesdy und andere.

Halb 8 Uhr abends in der Bierhalle „zum Goldenen Rose“, 19. Bezirk, Ruzsdorferplatz, Wählerversammlung. Redner: Oberbauteil Professor Bauer, Frau Professor Elise Richter, Bezirksrat Gustav Schönwetter und die übrigen Kandidaten.

Halb 8 Uhr abends im Hotel Holzwarth, 15. Bezirk, Mariahilferstraße 156, Wählerversammlung. Redner: Ingenieur Max Friedmann, Fritz Haller, Dr. Janetschek, Fabrikant Richard Spjeter, Baumeister Max Rucker.

Die bürgerlich-demokratische Arbeitspartei veranstaltete gestern abend im großen Festsaal des Ingenieur- und Architektenvereines eine Wählerversammlung für den Wahlkreis Innere-Stadt der Bezirke 1, 3 und 4, zu der sich die Wähler, unter ihnen sehr viele Frauen, so zahlreich einfanden, daß der Saal und die Galerie lange vor Beginn überfüllt waren. Der Listenfürer für den Nationalrat, Vizepräsident der Handelskammer und des Öremiums der Wiener Kaufmannschaft Josef Vinz, entwickelte das wirtschaftliche Programm der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei und betonte die besondere Bedeutung der Wahl am 21. Oktober, durch die entschieden wird, ob das Sanierungswerk fortgesetzt werde oder ein Chaos an seine Stelle treten soll.

Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen nahm Abgeordneter Ottokar Czernin das Wort und führte aus: Der wichtigste Zweck dieser Wahlen ist die denkbar größte Zusammenfassung aller Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie. Die Kandidaturen der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei bewirken nicht nur keine Zersplitterung des Bürgertums, sondern das Gegenteil. Es gibt Tausende von Wählern, die das Genfer Werk gutheißen und deshalb die Position Seipels zu stärken wünschen, die aber dennoch niemals christlichsozial wählen werden, weil sie in dem Bundeskanzler den „Prälaten“ sehen und fürchten, daß er nach Vollendung des Genfer Werkes Oesterreich in klerikale Bahnen führen könnte. Diese Bürger, und es sind viele der besten darunter, können aber den Kammerat Vinz oder einen anderen unserer Kandidaten mit gutem Gewissen wählen, denn sie wissen, daß er zwar ein treuer Soldat der Genfer Aktion sein, aber gleichzeitig darüber wachen wird, daß der wahre echte Liberalismus nicht gefährdet werde. Seipel soll einen Sieg erringen, denn damit siegt das Sanierungsprogramm, er kann aber nur siegen, wenn sich auch das liberale Bürgertum hinter ihn stellt, und dieses kann sich nur hinter ihn stellen, wenn es in seinen eigenen Vertretern die Garantie erhält, daß die Christlichsozialen die große erhaltene Macht nicht auf Kosten des Liberalismus mißbrauchen. (Beifall.) Wählen Sie den Kammerat Vinz, er gibt Ihnen die doppelte Gewähr der notwendigen wirtschaftlichen Reformen und des Hochhaltens der liberalen Fahne.

Frau Marianne Hainisch ermahnte in eindringlichen Worten die freirechtliche Bürgerschaft, sich der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei, als der Nachfolgerin der Achtundvierziger-Demokraten, anzuschließen und für ihre Kandidaten zu stimmen. (Lebhafte Beifall.)

Herr Bernhard Hofbauer nahm entschiedene Stellung gegen die jüdische Wahlgemeinschaft, er erklärte, er als Jude müsse seine Glaubensgenossen warnen, sich konfessionell von ihren Mitbürgern abzusondern, denn damit fördern sie nur den Antisemitismus. (Zustimmung.)

Der Listenfürer der bürgerlich-demokratischen Partei für den Bezirksrat im 9. Bezirk, Arnold Reumann, erklärte in einer Versammlung, daß seine Partei die Interessen der städtischen Bevölkerung zu schützen berufen sei. Sie werden niemals zugeben, daß die Lasten, die aus der Sanierungsaktion entstehen, ausschließlich auf die Schultern der Bürger gelegt werden, vielmehr genau darauf achten, daß alle Mitbürger ihren aliquoten Teil zu entrichten haben, ohne Rücksicht auf die christlichsoziale Partei, die, ihre bürgerlichen Wähler schüßend, der städtischen Bevölkerung mehr zumuten wird, als sie zu leisten in der Lage ist. Aber auch in kulturellen Fragen hat die bürgerlich-demokratische Partei die Aufgabe, sich mit der Christlichsozialen Partei auseinanderzusetzen.

Elf Versammlungsreden Dr. Seipels.

Bundeskanzler Dr. Seipel hat gestern abend, vor seiner Abreise nach Borarlberg in elf Versammlungen gesprochen. Die Versammlungen fanden auf der Landstraße, in der Innere Stadt, in Ottakring und Währing statt. In den Sophiensälen sagte er unter anderem: Am Wahls- tage stehen alle unter dem Schutze des Wahlgeheimnisses. Sie können Ihrer Bürgerpflicht genügen, ohne daß man kontrollieren kann, welcher Partei Sie angehören. Das ist wichtig für viele, die sonst allzu leicht dem Terrorismus Anbänger werden. Helfen Sie uns jetzt, daß wir nicht nur im Nationalrat

den Einfluß der christlichsozialen Sache behaupten, sondern daß wir den Einfluß im Rathause verstärken. Für diese letzten Tage vor der Wahl bitte ich um eines: Lassen Sie sich nicht durch Ueberraschungen der letzten Tage beeinflussen, lassen Sie sich nicht einschüchtern durch Drohungen und lassen Sie sich nicht verlocken durch Versprechungen. Wir Christlichsozialen versprechen Ihnen das eine, daß wir auch in Zukunft arbeiten wollen für die gute Sache unseres Landes und Volkes. Helfen Sie uns dazu, daß wir es können, und dann sage ich Ihnen: Ausführlicher über die Fragen der Politik wollen wir dann nach den Wahlen reden. Auf Wiedersehen nach einem siegreichen 21. Oktober.

In Währing führte der Bundeskanzler unter anderem aus: Ich setze mein Vertrauen darauf, daß Sie alle wissen, um was für wichtige Dinge es sich an diesem 21. Oktober handelt. Sie wissen, daß es sich vor allem darum handelt, daß wir jene Politik fortsetzen, die uns vor einem Jahr und etlichen Monaten vor dem Sturz in den Abgrund gerettet hat. Vergessen Sie aber auch nicht, daß es sich am 21. Oktober um das Wiener Rathaus handelt. Sie können uns, die wir in Zukunft im Nationalrat arbeiten sollen, keine größere Freude machen, als wenn Sie am 21. Oktober mitheilen, daß nicht im Rathaus gerade die entgegengesetzte Politik gemacht wird.

Um halb 11 Uhr nachts fuhr der Bundeskanzler nach Borarlberg, wo er in mehreren Versammlungen sprechen wird.

Die Forderung der Bundesangestellten.

Das Achterkomitee der Bundesangestellten-Organisationen trat heute zu einer Sitzung zusammen, um neuerdings zur zweiten Etappe der Lohnregulierung Stellung zu nehmen. Bei dieser Aussprache zeigte sich bereits eine einheitliche Auffassung der Organisationsvertreter, die insofern ein positives Resultat zeitigte, als die nächste Sitzung für Donnerstag den 25. d. festgesetzt wurde. An diesem Tage soll die Aussprache fortgesetzt und abgeschlossen werden. Noch im Laufe der nächsten Woche wird das Achterkomitee der Bundesregierung seine Stellungnahme vortragen.

Inland.

Wien, 18. Oktober. (Niederösterreichischer Gewerbeverein.) Samstag den 20. d., halb 7 Uhr abends, findet eine Vollversammlung mit folgender Tagesordnung statt: „Das Wirtschaftsprogramm der jüdischen Wahlgemeinschaft“, erläutert von den Wahlwerbenden dieser Partei: Gemeinderat Dr. Rudolf Schwarz-Siller und Gemeinderat Doktor Pollack-Parnau.

Wien, 18. Oktober. (Ein Flugblatt der Jüdischen Wahlgemeinschaft.) Die Jüdische Wahlgemeinschaft hat mit Rücksicht auf die heftigen Angriffe, die besonders von sozialdemokratischer Seite gegen sie erhoben werden, ein Flugblatt veröffentlicht, in der sie alle diese Angriffe zurückweist und insbesondere den Beweis zu erbringen sucht, daß nach dem Wahlerverhältnis der Wahl des Jahres 1920 die Ansichten der Wahlgemeinschaft, in diesem Wahlkampfe Erfolge zu erzielen, recht günstige seien. Die Jüdische Wahlgemeinschaft betont in ihrer Flugchrift, daß sie eine durchaus freiheitliche und demokratische Partei sei, daß sie sich aber als bürgerliche Partei auch berufen fühle, in erster Linie die Interessen des kleinen und mittleren jüdischen Bürgertums in Wien zu vertreten.

Mitteilungen aus dem Publikum.

M. ELLENBOGEN VII., Lindengasse 23 Spezialhaus für Modistenzugehör und Seidenwaren ERÖFFNET morgen Filiale Bauernmarkt I., Freisingergasse 1 woselbst der Verkauf zu den Mariahilfer Engrospreisen stattfindet.

Entgegen dem in den letzten Tagen verbreiteten Gerüchten geben wir hiemit bekannt, daß gegen unsere Firma, resp. deren Inhaber, keinerlei behördliches Verfahren eingeleitet wurde und alle diesbezüglichen Ausstellungen aus der Luft gegriffene Unwahrheiten sind. Zur Beruhigung unserer P. L. Kontoinhaber erklären wir, daß ihnen sämtliche Forderungen voll und ganz zur Verfügung stehen.

Bankhaus Roth & Co. Wien, Rudolfsplatz.

Biedermeier-Möbelausstellung. Vollständig eingerichtete Zimmer in gemüthlicher Zusammenstellung. Edwin Grossmann, Wien, I., Spiegelgasse Nr. 13.

Das Briefmarkengeld der „Neuen Freien Presse“.



Ausgabe ausschließlich an Interessenten des „Kleinen Anzeigers“ bei Aufgabe von Inseraten im Bureau des „Kleinen Anzeigers“.

Vol. 35 Pension Links, Vöslau Vol. 35

Angenehmer Aufenthalt für Ruhebedürftige. Liegeterrasse, Bad, Tagespreis inkl. reichhaltiger Pension und Zimmer K 70 000.

Nach wie vor unter persönlicher Leitung der Frau Links-Eberhard.

ENGL. HERRENSTOFFE Wilhelm Jungmann & Söhne REVOLUTIONSPLATZ (ALBRECHTSPL.) 3 NOUVEAUTÉS IN WOLLE U. SEIDE.

Advertisement for Mein's Thee featuring a ship illustration and the text 'Neuer Ernte'.

Advertisement for Perser-Teppiche by Issakides, located at Fleischmarkt 13.

Advertisement for KUTIN skin care products, including cream, soap, and powder, available everywhere.

Kleine Chronik.

Personalnachrichten: Der Bundespräsident hat dem Professor Dr. August Wotawa am Bundesgymnasium Wien, 13. Bezirk, den Dienstposten eines Präsidenten des österreichischen Schulbücherverlages verliehen. Der frühere königlich-bulgarische Geschäftsträger in Wien, Generalkonsul a. D. Pantcho Dorew, ist in Wien eingetroffen und im Hotel Imperial abgestiegen. Vor kurzem ist der Obermedizinalrat und langjährige Polizeioberbezirksarzt Hofrat Dr. Julius Munk in den Ruhestand getreten. Er ist seit dem Jahre 1890 im aktiven Staatsdienste gestanden und hat als Polizeiarzt in ersprießlicher Weise gewirkt. Sowohl unter der Beamtenenschaft als auch in den Kreisen der Bevölkerung erfreut er sich großer Beliebtheit. Am 13. d. wurde auf dem Hietinger Friedhofe das vom Bildhauer Karl Philipp geschaffene Denkmal für den Maler Friedrich Beck enthüllt. Beck, ein hervorragender Landschaftler, hatte noch kurz vor seinem im Jahre 1920 erfolgten Tode die Freude, eine Kollektivausstellung seiner Werke im Künstlerhaufe zu sehen. Im heurigen Frühjahr schloß sich eine Gedächtnisausstellung an, die das Lebenswerk dieses besonders in Wintermotiven ausgezeichneten Künstlers veranschaulichte. Dem in Sportkreisen allseits bekannten Oberinspektor Robert Sells wurde vom Oesterreichischen Touringklub in Anerkennung seiner Verdienste, insbesondere im Reiseverkehr mit Automobilen und Fahrrädern, das Abzeichen pro merito verliehen. Beim heutigen Preisfahren am Amelsberg ist der Stabshauptmann Wilhelm Jaich mit dem Pferde gestürzt und erlitt einen Bruch des Kniebeines und eine Gehirnerschütterung. Die Rettungsgesellschaft brachte ihn in das Rudolfskspital.

Catansvill in Wien: Catansvill ist jene Ortschaft, in die Dickens seine unsterbliche Schilderung der Wahlschlacht verlegt hat, in der die Blauen und die Gelben ihre Kräfte messen. Genau genommen, sind die „Pickwickier“ auch heute noch eine bei weitem anziehendere, amüsantere und anregendere Lektüre als alle Wahlplakate zusammen. Das verklebte Wien aber wird einigermaßen aufatmen, wenn der Sonntag vorüber ist und die Häuserwände aufgehört haben werden, ein brennendes Interesse an dem Resultat des Rennens um den Autriapreis vorzutauschen, wie es in dem Besuche der Wählerversammlungen sicherem Vernehmen nach weit weniger zum Ausdruck gelangen soll. Zwar behaupten alle Parteien, daß ihre Veranstaltungen und natürlich ausschließlich die ihren sich eines Massenanspruches erfreuen. Die arme, viel berufene Stekanabel! Nirgends kann sie beruhigt zu Boden fallen. So erpicht sind die Leute, aus Kandidatenmund zu erfahren, es hänge nur von ihnen ab, wenn nicht am kommenden Montag bereits Milch und Honig in den Wiener Straßen fließen sollten. Der Begriff des Massenhaften ist freilich ein relativer. Und es gibt Skeptiker, die allen Ernstes behaupten, dort, wo nicht die Parteiführer, die Joribas und die Piccavers der Politik, auftreten, herrsche nur allzuoft eine Leere, so gähnend wie die Reden, die man zu hören bekommt. Auch soll es schon vorgekommen sein, daß die Enttäuschung darüber, daß gelegentlich eine zweite Besetzung der Rednertribüne programmwidrig geboten wurde, höchst unparlamentarische Formen annahm. Wäher ist das Wahlplakat Universalwaffe im Kampfe. Repetiergewehr, Haubitze und Gasbombe in einem. Es wird gepickt, geklebt und überpappet. Die Parteien schicken Stoßtrupps vor, die aber leider auch mit anderen Waffen als mit dem Pinsel und dem Kleisterkopf ausgerüstet sind und einander vor der großen Wahlschlacht Vorpostengefächte liefern. Die nächtliche Straße dröhnt vom Lärm der Kämpfer, und die Bewohner der umliegenden Häuser eilen erschreckt zu den Fenstern. Vielleicht ist einer oder der andere unter ihnen, der erst jetzt in diesen Tagen so aktuellen „Pickwickier“ als Lektüre ausgewählt hat. Wie idyllisch ist es dazumal hergegangen, als es sich darum handelte, ob Samuel Stumkey v. Slumkenhall oder Horatio Fiskin Esqu. in das englische Unterhaus einzuziehen solle. Allerdings erzählt Dickens, daß am Tage der Entscheidung wohlwollende geistige Getränke in sämtlichen Wirtschaften von Catansvill ungemein billig zu haben waren. Man muß jedoch gar nicht so weit zurückgehen, nicht bis in die Zeit des großen englischen Romanschriftstellers. Auch in einer weniger entrückten Wiener Vergangenheit hat das Wahlplakat eine gewisse Rolle gespielt. Erst das Wahlgesetz der Republik hat hier sehr vernünftigerweise einen Riegel vorgeschoben. Wien wird am nächsten Sonntag trockengelegt sein, es wird keine anderen Wünsche geben als den Siegesrausch derer, die Wahlergung in schwindelnde Höhen entführt, keinen anderen Stufenjammer als jenen der Unterlegenen. Bei Dickens liest man weiter von Säufsten, die an allen Ecken der Stadt bereit standen, um säumigen Wählern den Weg zu der Urne zu erleichtern. Von den Säufsten jener historischen Vergangenheit bis zum Auto von heute ist ein weiter Weg. War es übrigens nicht gestern, daß an den Wahltagen die Fiaker durch die Wiener Straßen rollten, deren Kutscher durch Armbinden in den Farben der betreffenden Partei gekennzeichnet waren? Seitdem hat das Pferdefuhrwerk vieles an Bedeutung eingebüßt. Auch an politischer. Dagegen haben die Chauffeure gemerkt, warum sie diesmal gerade für den Wahltag mit einem Generalstreik drohten. Viele Gefahr soll dem Vernehmen nach glücklich abgewendet worden sein. An den notwendigen Pferdekraften wird es am Sonntag nicht fehlen.

Bei der nächstnächsten Wohl werden am Ende die Chauffeure bereits ausgespielt haben und eine jede Partei wird über die entsprechende Anzahl von Aeroplanen oder Steuerflugzeugen verfügen.

Filmrubrik der „Neuen Freien Presse“: Die Filmrubrik der heutigen Nummer der „Neuen Freien Presse“ enthält auf den Seiten 15 bis 17 folgende Beiträge: „Eine Kunst mit Hindernissen.“ Von A. F. S. — „Die Filmsehnsucht der modernen Frau.“ Von Johannes Riemann (Berlin). — „Autonomie des Regisseurs.“ (Eine Forderung.) Von Friedrich Fehér. — Filmbesprechungen. Miscellen.

Spenden für die Sammlungen der „Neuen Freien Presse“: Von den Angestellten der Unionbank sind uns für die deutschen Schriftsteller und Künstler 1.100.000 K. und von M. v. Z. für die „Deutschlandhilfe“ 1.000.000 K. zugekommen.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth in Wien: Der gewesene deutsche Reichskanzler Dr. Wirth ist in Wien eingetroffen und beim deutschen Gesandten Doktor Pfeiffer abgestiegen.

Wien als Erlebnis eines Reichsdeutschen: Die Oesterreichische Politische Gesellschaft ist bestrebt, den Beweis dafür zu erbringen, daß der Begriff Oesterreich noch immer nicht nur ein wirtschaftliches, sondern nicht minder ein kulturpolitisches Problem umfaßt. Da die Künstler, die Dichter stets das höchste Maß von Liebe und Glauben für Oesterreich aufbrachten (man braucht nur an Hermann Bahr, an Hofmannsthal zu denken), so läßt sich die Gesellschaft Schaffende zu Gast und läßt sie in einem Vortragszyklus, der den Gesamttitel „Oesterreich als kulturpolitisches Problem“ führt, ihre Meinung über das alte und neue Oesterreich sagen. Dabei ist es ein besonders hübscher Zug, daß nicht nur Oesterreicher zu Wort kommen. Ernst Piffauer etwa, der gestern am Vortragspult erschien, ist ein Berliner, einer freilich, der immer schon in Bewunderung und Verehrung zu Oesterreich hinneigte. Daß er das protestantische Norddeutschland so tief wie das katholische Süddeutschland erfassen und in sich die Synthese aus beiden Weltanschauungen vollziehen kann, das erscheint schon dadurch bewiesen, daß Dach und Brudner in ihm ihren Dichter, ihren Künzler fanden. Piffauer nun hält sich gegenwärtig in Wien auf, um Studien für ein Buch über Oesterreich, das er schreiben will, zu machen. Wenn er über „Wien als Erlebnis eines Reichsdeutschen“ spricht, so ist es bei seiner tiefen Geistigkeit, bei seinem klaren Blick begreiflich, daß er aus der Vielfalt einstürmender Eindrücke das Wesentliche zu einer einprägsamen Formel herauskühlt. Diese Formel lautet etwa: Daß Wien, das im Gegensatz zu Berlin organisch aus einer Landschaft, aus einer Kultur, aus einer Tradition emporwuchs, dieses organisch Geschlossene und Gewachsene immer noch rein genug bewahrt, um es gegen jene Mechanisierung zu schützen, an die sich etwa Berlin verloren hat. Wie nun Piffauer diese Feststellung an vielfachen einzelnen Jügen, die er aus der Geschichte, aus der Kunst, aus dem Leben des Alltags zusammenzutrag, erläuterte und erhärtete, das war ebenso instruktiv wie geistvoll. Es war beispielsweise sehr glücklich, wie die beiden Komponenten des Wienerturns durch den Hinweis gezeigt wurden, daß Wien, die Stadt der in symphonischer Großzügigkeit gesungenen Straßen und Plätze, die Heimat oder Wahlheit aller Symphoniker von Haydn bis Mahler ist, während gleichzeitig in ihm der Walzer, die gesellschaftliche musikalische Zweckkunst, ihre eigentliche Pflegestätte fand. Ein gewähltes Publikum folgte den Ausführungen Piffauers mit dankbarer Spannung. Der Oesterreichischen Politischen Gesellschaft aber darf man die Anerkennung nicht verfahren, daß sie sich mit ihrem neuen Vortragszyklus ein zweifelloses Verdienst erwirbt.

Was kostet eine Auslandsreise? Ein außerordentlich interessanter Vortrag, der im Rahmen des Wirtschaftsverbandes der geistigen Arbeiter und des Mittelstandes von dessen Schriftführer, Oberbaurat Eugen Maria Paisler, im Klub der Eisenbahnbeamten gehalten wurde, gibt zahlenmäßig belegte, klare Auskunft darüber. Was kostet eine Auslandsreise? Antwort: „Ein Glas Bier oder zwei Straßenbahnfahrten oder ein Gefronnes oder eine Handvoll Maron oder eine Tafel Schokolade oder ein halbes Packerl Herzoginower t ä g l i c h kurz: einen Betrag, der in dem arithmetisch hypertrophierten Budget eines Oesterreichers ebensowenig in Betracht kommt wie im Budget eines Franzosen oder eines Italiencers — drei bis viertausend Kronen, das entspricht einer Lire oder einem Franc; das ist der tägliche „Reisepfennig“, den wir uns absparen müssen und können! Drei bis viertausend Kronen, ungerührt selbst für das Budget des wirtschaftlich schwächsten unter den geistigen Arbeitern Oesterreichs. In einer Saison, in 365 — weniger sieben Tagen eines Jahres, das heißt in 358 — Tagen sind es 358 Lire oder Francs; rechnen wir dazu die sieben Tageseinkommen per 11 Lire oder 8 Francs bei einem Einmillioneinkommen, das sind 77 Lire oder 56 Francs, so gibt das 435 Lire oder 414 Francs. Reisen wir über den Semmering, durch Steiermark und Kärnten, über Tarvis nach Venedig, über Mailand, die italienischen Seen, den Gotthard nach Luzern und heim über den Bodensee, Arlberg, Innsbruck, Salzburg und auf der Donau von Linz bis Wien, so kostet die Reise 228 Lire, bleiben uns von den 435 Lire rund 210 Lire, per Tag 30 Lire, womit wir überall auskommen können. Reisen wir über Salzburg, Straßburg nach Paris auf vier Tage und heim über Basel, Rheinfall, Bodensee, Arlberg, Innsbruck, durch das Gesäufte nach Wien, so kostet das 180 Francs; von den 414 Francs bleiben uns 234 Francs für sieben Tage, mit 33 Francs im Tag können wir in Paris auskommen. Alle diese Möglichkeiten setzen ein

Wähler und Wählerinnen!

Bereitet das Dokument vor, mit dem Ihr Euch am Wahltag vor der Wahlkommission ausweisen müßt! Als solche Dokumente kommen in Betracht: Tauf-, Geburts- und Trauschein, Heimatschein, Paß, Aufstellungsdekrete, amtliche Legitimationen jeder Art, Eisenbahn- oder Tramway-Permanenzkarte, Gewerbeschein, Immatrikulationschein, Meldungsbuch einer Hochschule, Arbeitsbuch, Dienstbotenbuch und dergleichen.

Den Wählern werden keine Legitimationen zugestellt, jeder Wähler und jede Wählerin muß ein Dokument mitbringen, aus dem seine (ihre) Identität ersichtlich ist.

Seht die Stimmzettel der bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei gut auf!

Ihr braucht sie am Wahltag, um der

Bürgerlich-demokratischen Arbeitspartei

zum Sieg zu verhelfen.

minimales Einkommen voraus; ist dasselbe größer, so werden zwei Personen fahren können nach dem gleichen Schlüssel oder eine Person 14 Tage ausbleiben können oder es wird — je nach den finanziellen Möglichkeiten — die Bezahlbarkeit, der Komfort hinaufgesetzt werden können, ganz nach Wunsch und Leistungsfähigkeit des Reisenden. Der Vortragende berichtete auch über seine Verhandlungen mit der Internationalen Vereinigung geistiger Arbeiter, der Confédération Internationale des Travailleurs Intellectuels in Paris. Unsere Anregungen wegen gegenseitiger Führung und gegenseitigen Einladungen haben den denkbar besten Boden gefunden. In Paris und in Mailand, in Bern und in Lausanne, in Berlin, München und Stuttgart wurden gleichfalls diese Ideen beifällig aufgenommen. Der Internationale Mittelstandsbund, der im vorigen Monat in Bern konstituiert werden konnte, wird auch ein kräftiger Stützpunkt werden für die Bestrebungen der Intellektuellen, den Austausch der Geister durch billige Auslandsreisen zu fördern. In Barcelona, im Schoße der spanisch-österreichischen Gesellschaft, ist bereits ein Fonds errichtet, der österreichischen Künstlern zugehen soll, die zu Studienzwecken dieses herrliche Land bereisen wollen. Die Bilder eines österreichischen Malers, der im Vorjahre mehrere Wochen auf der Insel Mallorca zubringen konnte, sind von spanischen Patrioten rasch und zu guten Preisen angekauft worden. Die in Bildung begriffene Schweizerisch-Österreichische Gesellschaft wird gleichfalls den Auslandsreisen der Intellektuellen ihr Augenmerk zuwenden und ihnen jede mögliche Förderung angeheben lassen. Helene Granitsch.

[Francillon & Co., St. 3. m. i. e.] Die bekannte Schweizer Uhrenfabrik wird zur Propagierung der Longines-Uhren eine eigene Serie des neuen österreichischen Markengeldes zur Ausgabe bringen.

[Verlag S. Fischer, Berlin.] Der Verlag S. Fischer in Berlin schreibt uns: Da in letzter Zeit das Gerücht verbreitet wurde und zum Teil auch in der Presse Eingang gefunden hat, daß der Verlag S. Fischer sich mit der Deutschen Verlagsanstalt fusioniert hätte und diese in die Hände des Herrn Hugo Stinnes übergegangen wäre, bitten wir Sie höflich, in Ihrem geschätzten Blatte diese Nachricht als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnen zu wollen. Der S. Fischer-Verlag ist zu Beginn dieses Jahres in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden, deren Anteile in der Hand des alten Inhabers verblieben sind.

[Das Wetter.] Heute morgen war es in Oesterreich heiter mit Morgennebeln in Talniederungen und Frost in Orten über 500 Meter. Tagsüber blieb es heiter; die Temperatur stieg nur wenig über 10 Grad. Die Wetterlage ist günstig. Voraussage: Vorwiegend heiter, stellenweise Morgennebel, etwas wärmer, schwache Winde.

[Todesfälle.] Das Reichenbegängnis des gestern verstorbenen ehemaligen Generalsekretärs der Oesterreichisch-ungarischen Bank Friedrich Schmid-Dasatiel findet Samstag den 20. d. um halb 3 Uhr nachmittags vom Trauerhause, 5. Bezirk, Wehrgasse 15, aus statt. Die Beizehung erfolgt auf dem Diepinger Friedhofe. — Frau Helene Spitz bittet uns, mitzuteilen, daß sich morgen Freitag den 19. d. zum fünftenmal der Tod ihres Sohnes, des durch seine „Urania“-Vorträge in weiten Kreisen bekanntgewordenen Gymnasialprofessors Dr. Otto Karl Spitz jährt. — Heute vormittag ist in den Räumen der Slawischen Bank, 1. Bezirk, Augustinerstraße Nr. 8, der Kommerzialrat und Vortragsredner Franz Türk, von Gehirnhautentzündung befallen, zusammengebrochen. Die Rettungsgesellschaft brachte ihn ins Spital der Barmherzigen Brüder; dort ist er bald danach gestorben. — Hier sind ferner gestorben: Herr S. Donath, Seniorchef der Firma Heinrich Schott & Donath Ges. m. b. H., 3. Bezirk, Baumgasse 9 (Beizehung Freitag den 19. d. um 11 Uhr vormittags auf dem Döblinger Friedhofe, israelitische Abteilung); am 17. d. Regierungsrat August Adler, Realschuldirektor i. R. (Eingsegnung am 19. d. um 2 Uhr nachmittags in der Franz-Josefskapelle, Triesterstraße, hierauf Ueberführung nach Pragitz in die Familiengruft); am 15. d. der Hilfsamtsdirektor der Polizeidirektion Friedrich Marek im Alter von 63 Jahren nach langem schweren Leiden; Frau Sophie Schnabel geborne Winterstein am 17. d. nach schwerem Leiden (Reichenbegängnis Freitag den 19. d., halb 12 Uhr, Zentralfriedhof, 3. Tor); Herr Siegmund Groß am 16. d. nach schwerem Leiden (Beizehung erfolgt in aller Stille). — Aus Köln wird berichtet: Weibschloß Dr. Stoffels, dessen Erkrankung vor einiger Zeit gemeldet wurde, ist heute nachmittags seinem Leiden erlegen.

[Geänderte Telephonnummern.] Schwedische Gesandtschaft und Konsulat 73405. — Thos. Cook & Son, Weltreisebureau (1. Bezirk, Stephanplatz 2), 76180 und 76181. — Annoncen-Expedition B. Siljan (1. Bezirk, Schulerstraße 21) ab 23. d. 75372. — Bücherstube Ignaz Rippel (1. Bezirk, Grünangergasse 1) 70148. — Emil Wehle-Dr. Dirlfeld & Spitzer (9. Bezirk, Bleichergasse 6) 11529. — Karl Dplatek G. m. b. H., Generalvertretung der Meissner Zündkerzen-Ges. (9. Bezirk, Währingerstraße 6) 16138.

Die Entscheidung in der Stadtbahnfrage. Zustimmung der Bundesbahnen zur Verpachtung an die Gemeinde Wien.

In der heißumstrittenen Frage, in welcher Weise der Verkehr auf der Stadtbahn nach jahrelanger Pause wieder aufgenommen werden könne, ist heute eine wichtige Entscheidung gefallen. Am 25. August hatte, wie erinnerlich, die Gemeinde Wien an die Kommission für die Wiener Verkehrsanlagen eine Zuschrift gerichtet, daß sie auf der oberen und unteren Wientallinie, auf der Donaukanal- und Gürtellinie der Stadtbahn einen Schnellbahnähnlichen Betrieb mit einer mittleren stündlichen Reisegeschwindigkeit von 20 bis 22 Kilometer einzurichten bereit sei und die Investitionskosten für die Elektrifizierung, die auf rund 170 Milliarden Kronen geschätzt werden, aus eigenem tragen werde, wenn sie durch einen mindestens auf 30 Jahre lautenden Pachtvertrag unentgeltlich den Bahnkörper dieser Linien nebst den dazugehörigen Gründen und den bestehenden Gebäuden und Anlagen überantwortet erhalten. Die Gemeinde denkt daran, durch dieses Projekt die Stadtbahn in den Rahmen ihres Straßennetzes einzufügen, einen Umsteigerverkehr einzurichten und so für gewisse Teile des Wiener Stadtgebietes ein wichtiges Verkehrsmittel zu schaffen, das seit dem Jahre 1916 brachgelegen ist, wodurch insbesondere jener Teil der Bevölkerung, der sich nach der Erbauung der Stadtbahn an der Peripherie angesiedelt hatte, von der Verbindung mit dem Zentrum abgeschnitten worden war. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, muß natürlich das Projekt der Gemeinde auf das freudigste begrüßt werden. Es hat aber eine unerwünschte Rückwirkung auf den zweiten Zweck der Stadtbahn, der darin bestand, die Fernzüge der West-

Der „Kleine Anzeiger“

der „Neuen Freien Presse“

befindet sich ab

heute Freitag, den 19. Oktober,

1., Schulerstraße Nr. 1—3

(Ecke Strobelgasse).

Telephon Nr. 71-3-80.

bahn und Franz-Josefsbahn durch Zusammenkoppelung mit der Stadtbahn bis in das Stadttinnere zu bringen. Dieser Teil der Aufgabe der Stadtbahn würde natürlich durch die Absichten der Gemeinde ausgeschaltet werden und deshalb hat der aus dem Rathause stammende Vorschlag, wie auch in unserem Blatte in einer Reihe von Zuschriften und Artikeln ausgeführt worden ist, den lebhaftesten Widerstand jener Interessentengruppen hervorgerufen, die mehr Wert auf den Fernverkehr als auf den Stadtbahnverkehr im engeren Sinne des Wortes legen. Die Entscheidung über den Vorschlag der Gemeinde hat sich, wie aus den eingangs angeführten Daten zu ersehen ist, ziemlich lange hinausgezogen. Die Ursache lag darin, daß die Bundesbahnverwaltung gleichzeitig ein zweites Projekt studierte, das den elektrischen Vollbahnbetrieb auf der Stadtbahn ins Auge faßt. Ein solcher würde natürlich eine viel vollkommenere Lösung darstellen, weil er die beiden erwähnten Funktionen dieses Verkehrsmittels gleichzeitig erfüllen könnte.

Für die Entscheidung der Generaldirektion der Bundesbahnen war aber jedenfalls auch die Kostenfrage von ausschlaggebender Bedeutung. In ihrer letzten Urgenz hatte die Gemeinde Wien erklärt, daß sie den Betrag von 170 Milliarden Kronen für die Elektrifizierung nur dann zur Verfügung stelle, wenn ihr eigenes Projekt durchgeführt werde. Dadurch hätte die Lösung der Frage eine schwerwiegende Verzögerung erfahren, und da sich die gebieterische Notwendigkeit ergibt, den Stadtbahnbetrieb so rasch als möglich aufzunehmen, ist schließlich die Entscheidung zugunsten des kommunalen Projekts gefallen, das heißt, die Generaldirektion der Bundesbahnen stimmt im Prinzip dem Vorschlage des Rathauses bei, und es wird sich nur darum handeln, ob es gelingt, über die Dauer des Pachtvertrages und über dessen Einzelheiten zu einem Einvernehmen zu gelangen. In erster Linie wird wohl die Dauer des Vertrages maßgebend sein, denn es fällt immerhin sehr ins Gewicht, wenn auf ein Menschenalter hinaus darauf verzichtet werden soll, aus der Stadtbahn eine elektrische Vollbahn zu machen, und sich eigentlich nur mit einem Straßenbahnbetrieb auf den Geleisen der Stadtbahn zu begnügen. Jedenfalls ist die Entscheidung der Generaldirektion der Bundesbahnen für das Verkehrsleben Wiens von sehr großer Bedeutung, und es muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die letzten Vereinbarungen zwischen Bund und Gemeinde in einem Sinne getroffen werden, der den Interessen der Bevölkerung weitestgehend entgegenkommt.

Die Antwort der Bundesbahnen an die Gemeinde.

Amlich wird mitgeteilt: Der Generaldirektor der Oesterreichischen Bundesbahnen Ingenieur Siegmund hat an den Bürgermeister der Stadt Wien am 18. d. folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Gemeinde Wien hat die Kommission für die Wiener Verkehrsanlagen ersucht, ihr den Bahnkörper der oberen und unteren Wientallinie, der Donaukanal- und Gürtellinie der Wiener Stadtbahn samt den zugehörigen Betriebsanlagen zum Zwecke der Einführung eines elektrischen Schnellbahnähnlichen Betriebes im Rahmen der Wiener städtischen Straßenbahnen leihweise zu überlassen.

Die Oesterreichischen Bundesbahnen haben das vorgelegte, auf elektrischem Tramwayverkehr beruhende Projekt von dem Gesichtswinkel geprüft, ob dasselbe ihre Interessen nicht schädige. Eine eingehende Prüfung hat ergeben, daß das Projekt der Gemeinde Wien nicht die vollkommenste Lösung des für die Stadt so wichtigen Verkehrsproblems darstellt, daß vielmehr eine solche Lösung nur bei der Einführung des elektrischen Vollbahnbetriebes zu erwarten ist, welcher auch gesteigerten Verkehrsansprüchen genügen kann, eine namhaft größere Reisegeschwindigkeit zuläßt und vor allem die Möglichkeit eines direkten Uebergangsverkehres auf die Hauptbahnstrecken bietet.

Da aber die Gemeinde Wien erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, auf das Studium des Vollbahnprojekts und eine eventuelle Anwendung desselben einzugehen und das von der Gemeinde vorgelegte Projekt immerhin eine wesentliche Besserung der derzeitigen Situation ermöglicht, vermögen die Oesterreichischen Bundesbahnen nicht die Verantwortung auf sich zu nehmen, wegen Beharrrens auf einer besseren Lösung des Problems die von der Gemeinde Wien vorgeschlagene Lösung zu vereiteln, und geben hiemit die Erklärung ab, daß sie von ihrem Standpunkte der Verpachtung der Stadtbahnlinien an die Gemeinde Wien zu stimmen, sofern über die Details des Pachtvertrages, insbesondere über die Dauer desselben, ein Einvernehmen erzielt wird. Die Oesterreichischen Bundesbahnen sind bereit, die Verhandlungen sofort aufzunehmen und dieselben raschest zu Ende zu führen.“

Die Gemeinde für rascheste Verhandlungen.

Aus dem Rathause wird gemeldet: Unmittelbar nach dem Empfang dieses Schreibens hat Bürgermeister Reumann sich an die Generaldirektion der Oesterreichischen Bundesbahnen gewendet und dem Wünsche Ausdruck gegeben, daß die Verhandlungen bereits morgen begonnen werden mögen. Ueber ausdrückliches Ersuchen der Generaldirektion wurde der Beginn dieser Verhandlungen auf Montag den 22. d. festgesetzt, da gegenwärtig die Generaldirektion infolge befristeter Arbeiten nicht früher diese Verhandlungen aufnehmen kann.

Angesichts der Tatsache, daß die Gemeinde in ihrem Anbot die Pachtdauer bis zu dreißig Jahren beschränkt hat und die großen, mit 170 Milliarden Kronen veranschlagten Investitionen vollkommen aus eigenen Mitteln, ohne jeden Bundeszuschuß, durchführen wird, ist zu hoffen, daß auch diese Verhandlungen nur von kurzer Dauer sein werden.

Der Bürgermeister hat daher sofort den Direktor der städtischen Straßenbahnen Ingenieur Spängler beauftragt, mit der größten Beschleunigung alles vorzubereiten, damit mit den Arbeiten begonnen werden kann und die günstige Jahreszeit noch ausgenützt wird.

Ein Projekt für die Zentralisierung der Wiener Bahnhöfe.

Anlaßlich der im Wiener Rathause abgehaltenen Enquete über die Schaffung eines Donaufreihafens fand auch ein Projekt, das die Zentralisierung der Wiener Bahnhöfe vorsieht, allgemeine Beachtung. Dieses Projekt ist von dem Straßendahninschaffner Alalbert Kaderabek ausgearbeitet worden, der sich seit ungefähr dreieinhalb Jahren mit dieser Frage beschäftigt. Seine Vorschläge gipfeln darin, daß in Wien nur drei Zentralbahnhöfe errichtet werden sollen, während die übrigen Bahnhöfe als überflüssig aufzulassen und zu verbauen wären.

Die Affäre Bleibtren-Medelsky.

Heute wurden die Verhandlungen zwischen Hofrat Dr. Renkin von der Theaterverwaltung und dem Anwalt der beiden Künstlerinnen Dr. Rosenzweig fortgesetzt. Frau Medelsky war persönlich erschienen, während Frau Bleibtren nicht anwesend war, da sie an einer Probe von Felix Saltens „Das stärkere Band“ teilnahm. In der heutigen zweistündigen Unterredung wurden alle Details der Möglichkeit friedlicher Beilegung erörtert, doch konnte noch keine Einigung erzielt werden, weil zu verschiedenen Fragen die Zustimmung des Finanzministeriums erforderlich ist. Voraussichtlich dürfte am Samstag die endgültige Entscheidung der Theaterverwaltung fallen.

Die Erste österreichische Segelflugwoche.

8 Starts am heutigen Flugtage.

Der sechste Tag der Ersten österreichischen Segelflugwoche war nicht sonderlich durch die Windverhältnisse begünstigt. Es herrschte zwar Westwind, jedoch nur bis Maximum 3 Sekundenmeter, der wechsellnd abblaute. Um so bemerkenswerter war der Start des Wiener Piloten Ingenieurs Gazda, der auf der Maschine „Epenlaub“ fast bei Windstille startete und dennoch mit einer Flugdauer von 2 Minuten 56 Sekunden eine Flugstrecke von 2025 Meter erreichte. Es war dies der erste Flug des Piloten auf einer Segelflugmaschine.

Als Zweiter startete Ingenieur Stamer auf „Hol's der Teufel“, in die er diesmal, wie schon im Abendblatt gemeldet, einen Hilfsmotor von effektiv nur 5 PS. eingebaut hatte. Es war dies der erste Versuch mit Hilfsmotor in Oesterreich, der schon recht bemerkenswerte Resultate gezeigt hat.

Inzwischen war die Maschine „Epenlaub“ wieder heraufgebracht und von neuem montiert worden, und Ingenieur Gazda ging zum zweitenmal an den Start. Pilot Gazda wollte die B-Prüfung machen, kam in der zweiten S-Kurve auf den Berg los und mußte in einem Hohlweg landen, wobei ein Flügel der Maschine havariert wurde. Sie dürfte jedoch morgen wieder startbereit sein.

Ueber Mittag flaute der Wind gänzlich ab. In den Nachmittagsstunden starteten bei fast gänzlichem Windstille die beiden Schwefelmaschinen „Frohe Welt“ vom Aero-klub und „Technische Hochschule Wien“ unter Führung der Piloten Ingenieur Fiala, Ingenieur Griensteidl, Major Herway und Ingenieur Josef. Vor dem Start der Maschine „Technische Hochschule Wien“ machte Ingenieur Stamer einen Flug auf der Maschine außer Konkurrenz, wobei er sehr zur Belustigung des Publikums bei der Landung einen sauberen Ueberschlag vorführte. Die Maschine wurde dabei nicht havariert.

Lebensmittelhilfe für Deutschland.

Schwere Sorge lastet auf dem deutschen Volk im Reich. Währungsverfall, Preissteigerung und in ihrem Gefolge Mangel an lebenswichtigen Nahrungsmitteln haben nicht bloß wirtschaftlich schwache Kreise, sondern breite Massen der Bevölkerung empfindlicher Entbehrung, bitterer Not, ja dem Hunger ausgeliefert.

Hier in Oesterreich, wo man mit Schrecken der Zeit gedenkt, da das Land noch knapp vor Jahresfrist von gleicher Sorge bedrückt war, ist allenthalben der Wunsch rege, dem Verwandten, dem Freunde, dem Berufs- und Standesgenossen im Reich in seiner Bedrängnis zur Seite zu stehen, sowie all denen durch vergeltende Tat zu danken, die in Oesterreich schon in mühsamer Zeit werktätig geholfen haben, der würgenden Not hier Herr zu werden.

Diesen lebendigen Wunsch Hunderttausender zu verwirklichen, fehlte bisher nur die umfassende Organisation, die es ermöglicht hätte, mit unseren bescheidenen Mitteln und unter Schonung unserer eigenen, noch immer nicht voll gesicherten Lebenshaltung, dennoch rasch, sicher und wirksam eine Hilfe im großen zu leisten, die gleichzeitig dem einzelnen Geber Mühe und Zeitverlust möglichst erspart.

Der unterzeichnete Arbeitsausschuß hat sich die Aufgabe gestellt, diese Organisation zu schaffen und die rasche Zusendung preiswerter Pakete mit Lebensmitteln bester Art nach allen Orten Deutschlands zu sichern.

Nun ist es an allen, sich dieser Einrichtung zu bedienen und beizutragen zur Binderung der Not im Deutschen Reich.

Das Ehrenpräsidium:

Marianne Hainisch, Hermann Randl, Doktor Richard Weiskirchner.

Für den Arbeitsausschuß:

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft. — Der Bund der Reichsdeutschen in Oesterreich.

Die Lebensmittelpakete.

Zur Versendung gelangen dem täglichen Bedarf dienende Nahrungsmittel, an denen in Deutschland derzeit Mangel herrscht. Auswahl und Versendung der Lebensmittel stehen unter der Kontrolle des Arbeits-